



AUSGABE 3 · 36. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 16.3.2005

Arbeitsmarkt

S. 4/5

Eine Million Arbeitslose in NRW – in der Sonder-sitzung ging es um Ursachen, Verantwortung und Auswege.



Abrechnung

S. 6/7

Nachtragshaushalt: Im Zeichen des Vorwahlkampfes rechnete die Opposition mit der Politik der Landesregierung ab. Die Koalition beeindruckte das nicht, sie verwies auf Kassenlage und Schwerpunkte, die sie gesetzt habe.

Abgeordnete

S. 17

Den Abgeordneten mit „gläsernen“ Taschen wird es so nicht geben: Die Wissenschaft hat schwerwiegende Bedenken, ob dieser von Medien und Öffentlichkeit gehegte Wunschtraum mit der Verfassung vereinbar ist.

Abschluss

S. 25

Die Arbeitssicherheit im Bergbau war Thema in der letzten Sitzung des Ausschusses für Grubensicherheit vor der Wahl, geleitet vom SPD-Abgeordneten Peter Budschun, der dem neuen Landtag nicht mehr angehören wird.

Wort und Widerwort:

Wie tolerant dürfen Visa-Bestimmungen sein?

Es gilt, einen Mittelweg zwischen freizügiger und restriktiver Visavergabe zu finden. Deutschland darf sich nicht aus Furcht vor Drogenhandel, Schwarzarbeit und Zwangsprostitution völlig abschotten. Unser Land muss seine Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit bewahren – schon allein deswegen, weil Deutschland Exportweltmeister ist. Okay, aber das darf nicht dazu führen, dass der Sicherheitsgedanke geopfert wird, sagt die Opposition. Die Koalition sieht einen Abwägungsprozess zwischen Freizügigkeit und Sicherheit. Und sie macht darauf aufmerksam, dass selbst bei restriktiver Visapolitik Missbrauch nicht völlig auszuschließen ist (Seite 12).

Blumen sprießen aus ehemals verseuchtem Boden. Kinder tolteln herum, Erwachsene spazieren durch eine idyllische Parklandschaft. Zum (vorerst) letzten Mal zeigt ab April in Leverkusen 177 Tage lang eine Landesgartenschau, wie sie aus einer Altlast ein grünes Paradies machen kann. Warum zum letzten Mal? Führt diese Schau nicht vor, welches Potential in ihr steckt? Es ist wieder einmal das leidige Geld, das zumindest eine Pause erzwungen hat. Denn alle Parteien im Landtag sind sich einig: Wir brauchen auch weiterhin die Landesgartenschau. Sicher nicht jedes Jahr, aber auch in größeren Abständen ist auf dieses Instrument nicht zu verzichten. Sie fördert das Image, verbessert das Umfeld und vor allem: Die Menschen identifizieren sich mit „ihrer“ Landesgartenschau (Seiten 13 bis 15).
Foto: Schälte



Landesgartenschau –
eine Idee treibt bunte Blüten

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
Diätenreform: „Wir schaffen Privilegien ab“	3
Sondersitzung zur Arbeitsmarktlage	4/5
Weniger Steuern, mehr Schulden	6
<i>Debatte über Nachtragshaushalt</i>	
Steinbrück greift CDU-Chef Rüttgers in der Etatdebatte an	7
Studienkonto statt Studiengebühr	8
Umstritten: Zeugnisse in der 3. Klasse	9
Lage der Fachhochschulen	10
<i>Studienabschlüsse für öffentliche Verwaltung</i>	
„Das Land NRW stellt keine Visa aus“	11
Wort und Widerwort	12
<i>Wie tolerant dürfen Visa-Bestimmungen sein?</i>	
Landesgartenschauen in Zeiten knapper Kassen	13
Positive Signale für die Zukunft	14/15
<i>Interviews mit den agrarpolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
Aufklärung in der LEG-Affäre	16
<i>„Kein Widerspruch zum Atomausstieg“</i>	16
Nebeneinkünfte der Abgeordneten	17
Kinder dürfen kosten!	18
Mädchen vor Zwangsheirat schützen	19
Rote Karte für illegale Wettbüros	20
<i>Pilotprojekt: „Tägliche Sportstunde“</i>	20
Instrumente der Sonderpädagogik	21
Kleine Darlehen mit großer Wirkung	22
<i>Digitales TV weiter auf dem Vormarsch</i>	22
Über die Situation von Zuwanderern	23
Aktuelles aus den Ausschüssen	24
Immer weniger Unfälle unter Tage	25
Aus den Fraktionen	26
Porträt der Woche: Manfred Hemmer (SPD)	27
<i>Minister als Zeuge im Untersuchungsausschuss</i>	27
<i>Impressum</i>	27
Geburtstage und Personalien	28

Imagegewinn für die Städte

Fast jeder kennt sie, Millionen strömen seit über 20 Jahren hin und viele nehmen Anregungen für das eigene Fleckchen Grün daheim mit: die Landesgartenschauen. Eine gibt es noch in Zeiten leerer Kassen – in vier Wochen in Leverkusen. Dort, wo einst eine Müllkippe war, entsteht gerade blühendes Leben mit Sträuchern, Stauden, Büschen und kleinen Bäumen. Und die Organisatoren erwarten binnen sechs Monaten eine halbe Million Besucher. Doch die Zukunft von Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen ist ungeklärt. Aus finanziellen Gründen. Denn eine Landesgartenschau kostet das Land ungefähr fünf Millionen Euro.

Dabei sind aus den einstigen Blümchenschauen anspruchsvolle Themengärten mit Ausstellungen, Spiel- und Sportmöglichkeiten geworden. Ein Treffpunkt für Familien eben. Da sind sich auch die Politiker aller Fraktionen einig. Und keiner will wirklich, dass die Landesgartenschauen vor dem endgültigen „Aus“ stehen. Auch wenn erst einmal keine mehr geplant ist.

BLÜHENDES LEBEN

Was bringt denn so eine Landesgartenschau dem Land? Jeder schwärmt heute noch von Oelde. Das war 2001. Die erfolgreichste Schau überhaupt mit über zwei Millionen Besuchern. Und die meisten kamen aus einer Entfernung von bis zu 150 Kilometern. Gebracht haben die Schauen eine Menge: Die Städte, die auf Parks mit Eintritt gesetzt haben, bleiben meist bis heute attraktive Anziehungspunkte für Familien aus der Region und Gäste. In dem Jahr der Gartenschau haben manche Kassen der Einzelhändler und Gastronomen mehr als üblich geklingelt. Und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der eigenen Stadt hat auch zugenommen.

Die Gegner argumentieren mit den Kosten. Klar, dass das Land sparen muss. Doch es gibt genug Modelle flexibler Finanzierungen mit privaten Sponsoren. So können auch öffentliche Haushalte entlastet werden. Ob nun jedes Jahr oder in einem anderen zeitlichen Rhythmus: Wünschenswert wäre es, wenn dieses anerkannte und bewährte Instrument der städtebaulichen Entwicklung nicht dauerhaft „auf Eis gelegt“ wird. Denn auch wenn manche über den Begriff der „Blümchenschau“ schmunzeln, die meisten sind eben genau wegen dieser bunten Blümchen zur Landesgartenschau gekommen. **SH**

„Wir schaffen Privilegien ab“ Einigkeit: Gesetz noch vor Landtagswahl verabschieden

Als erstes Bundesland will NRW eine umfassende Reform der Abgeordnetenbezüge auf den Weg bringen. Nach langwierigen Beratungsverfahren scheint bei allen vier Landtagsfraktionen nicht nur Einigkeit in der Sache zu herrschen, sondern auch was den Zeitpunkt der Umsetzung betrifft: In der Plenardebatte betonten Sprecher aller Fraktionen, dass sie das Reformwerk noch vor Ende der laufenden Legislaturperiode verabschieden wollen. Der gemeinsame Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss überwiesen (Drs. 13/6596). Diese Beratungen sind inzwischen im Ausschuss und in den Fraktionen erfolgt. Damit ist der Weg geebnet, dass der Gesetzentwurf am 17. März in zweiter Lesung vom Landtag verabschiedet werden kann.

Carina Gödecke (SPD) sagte: „Wir haben heute die Chance, Parlamentsgeschichte zu schreiben.“ NRW sei das erste und einzige Bundesland, das nicht nur über Diätenreform rede, sondern diese auch parlamentarisch einbringe. Die Botschaft der Neuregelung lasse sich in zwei Kernsätzen zusammenfassen. „Erstens: Wir schaffen die Privilegien der Abgeordneten ab. Zweitens: Wir wollen die Gleichbehandlung mit allen Steuerbürgern.“ Insbesondere die staatliche Altersversorgung der Abgeordneten habe im Zentrum der Kritik gestanden. Der vorliegende Gesetzentwurf sei ein Zeichen an die Bevölkerung, dass man die Kritik ernst genommen habe. „Wir wollen als Politiker auch nicht immer wieder Gefahr laufen, in der Öffentlichkeit wie die Abzocker der Nation dazustehen.“ Froh sei sie darüber, dass man die CDU „mit im Boot“ habe. Der Zickzackkurs der CDU-Fraktion habe unklar gemacht, ob eine Einigung aller Fraktionen zu erwarten sei. Sie sprach sich für eine schnelle Verabschiedung aus, „spätestens im April, besser aber noch im März“.

Heinz Hardt (CDU) pochte ebenfalls auf ein schnelles Beratungsverfahren. Gleichzeitig wies

er den Vorwurf, die CDU verzögere die Diätenreform, um den eigenen Mitgliedern die Vorteile auch für die kommende Wahlperiode zu erhalten, entschieden zurück. „Wir, die CDU-Landtagsfraktion und unser Fraktionsvorsitzender Dr. Rüttgers, waren im Jahre 2001 die Motoren, die diese Reform überhaupt in Gang gesetzt haben.“ Die Verabschiedung einer „überhasteten Diätenreform“ habe die CDU im Januar abgelehnt, weil zu diesem Zeitpunkt noch kein beschlussfähiger Gesetzentwurf vorgelegen habe. Es habe sich als richtig herausgestellt, den „noch nicht in allen Punkten ausgereiften Entwurf“ im Rahmen einer Expertenanhörung erneut zu beraten. So werde die Reform „die Handschrift der CDU tragen“, die dafür gesorgt habe, „dass einerseits die Systemumstellung nicht zu einer Erhöhung der Diäten führt und dass andererseits eine nicht überzogene, aber angemessene Rentenanwartschaft durch die Parlamentarier in ihrer Zeit als Abgeordnete erworben werden kann“.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) attestierte ihrer Fraktion ebenfalls eine Vorreiterrolle beim Thema Reform der Abgeordnetenbezüge: Seit fast zwei Jahrzehnten mache sich die FDP für

die Umstellung auf ein transparentes und für Bürger nachvollziehbares Besoldungssystem stark. „Das war auch eine unserer ersten Forderungen, als wir im Jahr 2000 in den Landtag kamen.“ Sie lobte die Arbeit der damals eingesetzten Diätenkommission, die einen „für die Bundesrepublik wegweisenden Vorschlag“ formuliert habe. Die Umsetzung der Kommissionsvorschläge in einen Gesetzentwurf habe sich jedoch schwieriger und zeitraubender gestaltet als zunächst angenommen. Ursache hierfür sei unter anderem „die Kompliziertheit unseres Steuersystems“. Zum Abschluss warb sie nochmals für den Antrag ihrer Fraktion zum Thema Neuordnung der Bezüge und der Altersversorgung von Regierungsmitgliedern: „Auch Mitglieder der Landesregierung werden nach einem völlig undurchschaubaren, hochkomplizierten System besoldet. Das wollen wir entrümpeln.“

Johannes Rimmel (GRÜNE) bezeichnete den vorliegenden Gesetzentwurf als „schwierige Geburt“. Ihn beschleiche jedoch das Gefühl, „in einem gewissen historischen Moment dabei gewesen zu sein“. Der Landtag stehe vor der Möglichkeit, die geplante Neuordnung der Abgeordnetenbezüge „zu einem Meilenstein in der Nachkriegsparlamentsgeschichte in Deutschland, richtungweisend für andere Landtage und auch für den Bundestag“, werden zu lassen. Gleichzeitig betonte er, dass er die derzeitige Alimentierung der Abgeordneten nicht grundsätzlich für schlecht halte. „Aber die Zeiten haben sich geändert. Wir leben heute in einer Risikogesellschaft, und deshalb kann eine Abgeordnetenentschädigung keine Rundumversicherung mehr sein.“ Man werde den Abgeordneten künftig nicht mehr vorwerfen können, „dass wir Wasser predigen und Wein trinken“. Er habe die Hoffnung, verloren gegangenes Vertrauen der Menschen in die demokratischen Institutionen mit diesem Schritt wiederzugewinnen.



Die enge Verbundenheit Deutschlands mit Litauen hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (L.) betont. Beim Antrittsbesuch des Botschafters der Republik Litauen, Evaldas Ignatavicius (r.), unterstrich Schmidt die engen historischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Der Besuch sei Gelegenheit, die Partnerschaft zu vertiefen. Botschafter Ignatavicius, der fließend Deutsch spricht, würdigte die wichtige Rolle, die Nordrhein-Westfalen für sein Land spielt und wies auf das Kulturfestival im kommenden Jahr hin, bei dem 200 Veranstaltungen in acht Städten geplant sind. Nach dem Eintrag ins Gästebuch des Landtags unterhielt sich der Botschafter mit den Mitgliedern der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe.

Foto: Schälte

Aufruf zu gemeinsamem Handeln

Sondersitzung des Landtags zur Lage auf dem Arbeitsmarkt

Nach der neuen Arbeitslosenstatistik zählt Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal über eine Million Menschen ohne Beschäftigung. Für CDU und FDP war das Anlass, eine Sondersitzung des Landtags für den 10. März zu beantragen. „Aufgaben der Politik angesichts der Arbeitsmarktmisere und drohender Wachstumseinbußen“ – um dieses Thema kreiste die lebhaft und streckenweise ironisch-polemische Diskussion.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, räumte ein, Arbeitslosigkeit sei in den vergangenen Jahren eher verwaltet als effektiv bekämpft worden. Den ersten Anstoß zu einer Wende hätten die Agenda 2010 des Bundeskanzlers und die Hartz-Gesetze gegeben. Mit Hartz IV, Gesundheitsreform, Ökosteuer und mit der größten Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland habe man die Rahmenbedingungen für Arbeit in Deutschland wesentlich verbessert. Moron knüpfte

Warten, dass es besser wird – vor den Toren der Arbeitsagenturen versammeln sich in diesen Wochen viele Menschen und ebenso viele Hoffnungen.

Foto: Schälte



Hoffnungen an den parteiübergreifenden Dialog zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit („Wir müssen intern miteinander reden. Dazu brauchen wir nicht das große Forum.“). Daraus werde aber nur dann etwas, „wenn hinter diesen Initiativen nicht wahltaktische Manöver, nicht reine Parteitaktik und nicht der Wahlkampftermin stehen“. Nach Erleichterungen bei der Besteuerung und beim Kündigungsschutz müssten jetzt auch die Unternehmen ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung für das Ge-

meinwesen gerecht werden, verlangte der Sprecher. Warum die relativ hohen Schulden? „Weil wir alles was wir nur können, in Forschung, Bildung und Technologie stecken.“ An der Bildung werde nicht gespart. Der Strukturwandel werde mit sozialer Verantwortung fortgesetzt. Die Vorschläge der Opposition werde man prüfen, aber „auf Scheinangebote, Mogelpackungen und glatte Propaganda fallen wir nicht herein“.

wollte er wissen. An den Ministerpräsidenten gewandt meinte er: „Die Politik Ihrer Regierung tut unserem Land nicht gut. Lassen Sie uns darüber sprechen, ob es nicht ein paar gemeinsame Punkte gibt, wo gemeinsame Reformen möglich sind.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der Opposition vor, sie versuche die Bürgerinnen und Bürger bewusst „für dumm

Dr. Jürgen Rüttgers, Vorsitzender der CDU-Fraktion, nannte eine Million Arbeitslose in NRW „eine schreckliche Zahl“. Sie bedrücke jeden – egal ob in Koalition oder Opposition. Aber die Koalition tue zu wenig; „Ihre Finanzpolitik kostet Wachstum und damit Jobs.“ Dennoch sei gemeinsam zu überlegen, was man gegen dieses soziale Unrecht und „die größte Diskriminierung, die es in unserem Land gibt“, tun könne. Wenn die Menschen auch wüssten, dass Politik keine Arbeitsplätze schaffen könne, so erwarteten sie doch, dass endlich etwas passiert und nicht im parteipolitischen Hickhack zerrieben werde, fuhr Rüttgers fort. Die Union habe die Sondersitzung beantragt, damit vom größten Bundesland die Botschaft ausgeht: „So geht es nicht weiter. Jetzt geschieht etwas, und zwar zusammen!“ Aber die Koalition verfolge eine Politik der ruhigen Hand, indem sie auf die eingeleiteten Reformen hinweise und andere auffordere, das Ihrige zu tun. Rüttgers: „Die Regierung tut nichts, und die Opposition ist Schuld – wie weit ist eigentlich der Wirklichkeitsverlust bei Ihnen fortgeschritten?“

zu verkaufen“. Sicherlich gebe die Zahl von über eine Million registrierten Arbeitslosen Anlass „für zusätzliche politische Anstrengungen“, um eine Veränderung der Rahmenbedingungen zu schaffen. Bei „aller Dramatik der Situation und bei allem politischen Streit“ dürfe jedoch nicht aus den Augen verloren werden, dass man mit den jetzt veröffentlichten Zahlen erstmalig „die ganze Wahrheit auf den Tisch“ gelegt habe. Frühere Regierungen hätten die Statistiken geschönt. Zur Wahrheit gehöre auch, dass alle Fraktionen gemeinsam die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unterstützt haben. Die Opposition handle „unredlich und fahrlässig“, wenn sie nun weismachen wolle, „ein Arbeitsplatzpotential von eine Million warte in NRW nur darauf“, von ihr „wach geküsst zu werden“. NRW müsse sich künftig noch stärker auf seine „industrielle Kernkompetenz“, die Umwelttechnologie, konzentrieren. Stattdessen diskriminiere Schwarz-Gelb diejenigen, „die Wirtschaft und Umweltschutz als Einheit buchstabieren“.

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, warf den Koalitionsfraktionen „Verklärung der Wirklichkeit“ und „Realitätsverlust“ vor. „Rekordarbeitslosigkeit, Rekordverschuldung, Rekordpleiten“ – dies sei die traurige Wahrheit. Die in dem gemeinsamen Antrag von Rot-Grün enthaltenen Vorschläge für eine Belebung der Wirtschaft bezeichnete er als enttäuschend. „Ein bisschen mehr Mut zur Einsicht, weniger Schulterklopfen und Eigenlob wäre angemessen gewesen“, mahnte Wolf. Die Koalition habe seinerzeit im Landtag versprochen, die Arbeitslosenzahl von damals 700.000 auf 500.000 zu senken. „Wir sind aber bei 1,2 Millionen, mit den verdeckten bei 1,5 Millionen.“ Damit habe sie das Recht verspielt, ernst genommen zu werden. Trotz dieser „verheerenden Lage“ halte die Fraktion der Grünen weiterhin an ihrer Politik fest, „die Hamster, Hasen, Hühner und Wiesel besser schützt als die Menschen, die Arbeit suchen“. Ein Ausweg aus der Misere laute: „mehr Jobs durch weniger Steuern“. Daher stehe seine Fraktion für eine umfassende Unternehmenssteuerreform, Einkommensteuerreform und Gemeindesteuerreform ein.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) wandte sich an den CDU-Chef: „Ich rede mit Ihnen über jeden Vorschlag, der dem Land nützt. Aber nicht über Popanz und schlichte Verzerrungen.“ Als Beispiel nannte er den Umstand, dass die Union den Feldhamster für vordergründige Wahlzwecke instrumentalisiert habe – als Symboltier dafür, wie in NRW Milliardeninvestitionen behindert würden. Dem Mittelstand zu helfen, sei alltägliches Geschäft der Regierung, hinter den Kulissen und nicht auf dem offenen Markt, betonte er. Wenn er

der CDU Heuchelei vorwerfe, dann allein deswegen, weil sie Arbeitslosigkeit heute anders beurteile „als zum Zeitpunkt Ihrer Mitverantwortung“. Schon unter der Regierung Kohl hätte es – nach heutiger Zählweise – 5,2 oder 5,3 Millionen Arbeitslose gegeben. Schon damals habe die Union kein Mittel gewusst – jetzt auf einmal wisse sie, wie es geht? Was Hartz IV angehe, so sei Rüttgers „einer der interessantesten Pirouettendreher gewesen, die ich je erlebt habe“. An Rüttgers: „Setzen Sie einmal weniger auf das Kurzzeitgedächtnis der Medien, der Politik und der Bürgerinnen und Bürger.“ Er, Steinbrück, habe nicht behauptet, dass die Landespolitik fehlerlos gewesen und dass alles gelungen sei. Die Vorschläge der CDU seien größtenteils unfinanzierbar, unsocial und unseriös oder stellten Effekthascherei und Plagiate dar. Dennoch verschließe er sich nicht, gemeinsam auszuloten, was man im Lande tun oder wie man sich in Berlin für gemeinsame Anliegen einsetzen könne.

Dr. Helmut Linssen (CDU) warf dem Ministerpräsidenten vor, er habe die Klarheit verloren, mit der er zu Beginn der Legislatur die Probleme des Landes analysiert habe: „Seit einigen Monaten erleben wir einen Ministerpräsidenten, der offenbar von seiner Fraktion gelernt hat, dass er die Probleme dieses Landes nicht mehr beschreiben darf.“ Steinbrück habe das Vertrauen verspielt, so Linssens Analyse. „Das Entscheidende ist, dass Investoren nicht mehr investieren, Konsumenten nicht mehr konsumieren, wie wir es gerne hätten.“ Die vom Ministerpräsidenten vorgetragenen Maßnahmen wertete er als Ablenkung. „Sie haben offensichtlich gedacht, zum Schluss haue ich denen ein paar Maßnahmen um die Ohren. Davon versteht sowieso keiner etwas.“ Er, Linssen, wünsche sich „dass wir doch die Zeit, die uns verbleibt, nutzen, um ein Klima zu schaffen, in dem verlorenes Vertrauen wieder zurückkehrt.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, sah in Oppositionsführer Rüttgers einen „Rattenfänger von Hameln“: „Sie trauen es sich zu, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Million Arbeitsplätze geschöpft und in Anspruch genommen werden können? Kein Mensch traut Ihnen das zu!“ Die CDU könne nicht einerseits die Flughäfen zum Jobmotor für bis zu 50.000 Arbeitsplätze erklären, dann aber vor Ort Köln-Bonn in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einschränken: „Wer hier sagt, wir sind der Investitionsmotor und gleichzeitig so etwas tut, macht in ganzen Regionen den Arbeitsmarkt platt.“

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) verwies auf das Zustandekommen der hohen Arbeitslosenzahl durch die neue Statistik. „Wir wollten den Verschiebepfeil zwischen kommunaler Sozialhilfe und bundesstaatlicher Arbeitslosenhilfe beenden.“ Es sei nicht alles in Ordnung – ganz im Gegenteil. Der Bevölkerung Angst und Schrecken einzujagen sei jedoch unredlich. Ins Zentrum der Bemühungen müsse, so der Minister, „die Perspektive der unter 25-Jährigen stehen“. Dabei sei die Wirtschafts- und Strukturpolitik die andere Seite der Medaille: „Wir wollen das gründerfreundlichste Land in Deutschland werden.“

Marianne Thomann-Stahl (FDP) zog das Angebot der SPD zur Zusammenarbeit in Zweifel, wenn gleichzeitig angekündigt werde, alle Oppositionsanträge nieder zu stimmen. Die Regierung überziehe die Unternehmen mit immer mehr Bürokratie und Investitionsblockaden, etwa durch Antidiskriminierungsgesetz oder durch Statistiken. Der einzige Bereich, der noch Arbeitsplätze schaffe, liege im Export von Rüstungsgütern – über 50 Prozent sei der im letzten Jahr gestiegen. Sie schloss: „Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen hat, wie wir heute festgestellt haben, wirklich zwei Farben, nämlich rot und grün.“



Elisabeth Koschorrek aus Düren (l.) ist neue Landtagsabgeordnete der SPD-Fraktion. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) verpflichtete zu Beginn der Sondersitzung die Nachfolgerin von Ilse Brusis (SPD).

Foto: Schälte

Weniger Steuern, mehr Schulden

Neuer Streit um den Etat des Landes

Wegen neuer Steuerlöcher wächst der Schuldenberg weiter: Angesichts des starken Rückgangs bei den Steuereinnahmen musste die Landesregierung bereits für 2004 zum zweiten Mal einen Nachtragshaushalt (Drs. 13/6200) vorlegen. Korrigiert werden muss auch der Etat für 2005 (Drs. 13/6201, 13/6286). Das sorgte Ende vergangenen Monats für hitzige Debatten zwischen Koalition und Opposition. Die drei Gesetzentwürfe und weitere gesetzliche Regelungen, die damit verbunden sind, wurden in zweiter Lesung vom Parlament verabschiedet.

Gisela Walsken (SPD) stellte klar, dass der Grund für die Nachtragshaushalte enorme Ausfälle bei den Steuereinnahmen sei. „Wir haben ein Einnahmeproblem, nicht ein Ausgabeproblem“, betonte die Abgeordnete. Die Koalition setze im Etat für 2005 ein Signal zur Verbesserung der Einnahmesituation und zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze in der Finanzverwaltung: „Wir bilden zusätzliche Beamte

Kredit aufgenommen, ohne eine Ermächtigung des Parlaments zu haben. Die Verfassung schreibe aber vor, dass die Regierung nur solche Kredite aufnehmen darf, die das Parlament vorher genehmigt hat. „Wir zahlen in den nächsten Jahren Zinsen für Kredite, die vorher niemand bewilligt hat“, ärgerte sich Diegel. Eine Genehmigung im Nachhinein sei verfassungswidrig. Er bezeichnete den Nachtrag als

Landesregierung verfassungskonform sei. Verfassungswidrig sei der Haushalt 2004 aber noch aus einem ganz anderen Grund: Die Regierung begründe die Überschreitung der verfassungsrechtlich gebotenen Kreditobergrenze mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Diese Störung werde aber mit keinem der aufgenommenen Kredite auch nur im Ansatz bekämpft.

Edith Müller (GRÜNE) warf CDU und FDP „Ideenlosigkeit“ in Bezug auf die Klärungen der Haushaltsprobleme vor. Sie betonte, dass SPD und GRÜNE sich an die Haushaltslinie hielten, lediglich konjunktur- und steuerbedingte Mindereinnahmen durch eine Neuverschuldung zu decken. Vorwürfe der Opposition, dass die Landesregierung nicht genügend Initiativen ergriffen habe, um den Landeshaushalt auch auf der strukturellen Seite, also der Ausgabenseite, zu verbessern, wies sie entschieden zurück. Als Beispiele nannte sie die Reform des öffentlichen Dienstes, die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitikreform und die Polizeistruktur.

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) bezeichnete die Vorwürfe der CDU als „Summe von Verdächtigungen“. Die Landeshaushaltsordnung schreibe vor, dass Haushaltsentwürfe vor dem Ende des laufenden Haushaltsjahres eingebracht werden müssten. Dies sei auch geschehen. Zum Vorwurf der Kreditaufnahme ohne Ermächtigung erklärte er, dass der Ausgabehaufen des Jahres 2004 nicht überschritten worden sei. Damit sei das Budgetrecht des Landtags gewahrt worden. Dieckmann versicherte, dass die Landesregierung alles unternehme, um auf der Ausgaben- und Einnahmenseite Fortschritte zu erreichen. Der Landeshaushalt 2005 beinhalte 1,7 Prozent weniger Ausgaben gegenüber dem Haushalt 2004.



Die Kameras aufs Plenum gerichtet – die Beratungen zum Nachtragshaushalt, wie immer die Gelegenheit der Opposition zur Abrechnung mit der Politik der Regierung und diesmal im Vorwahlkampf gelegen, stießen auf ein großes Interesse bei den Medien.

Foto: Schälte

aus, um sie dort einzusetzen, wo das Land seine

Einnahmen verbessern kann, nämlich in den Finanzämtern vor Ort.“ Der Nachtragshaushalt verstoße nicht gegen die Landeshaushaltsordnung, denn der Gesetzentwurf sei ordnungsgemäß bis zum Ende des Haushaltsjahres ins Parlament eingebracht worden.

Helmut Diegel (CDU) betonte, dass die Nettoverschuldung von über zwölf Milliarden Euro unverantwortlich sei. Der Finanzexperte der Union warf der Landesregierung vor, sie habe 481 Millionen Euro mehr als geplant an

ein „Zukunftsrisiko“ und beschuldigte die Regierung, das Budgetrecht des Parlaments auszuhöheln.

Angela Freimuth (FDP) war der Meinung, dass die Finanzplanungskompetenz der Landesregierung gegen Null tendiere. Wieder einmal gestehe die Regierung mit der Vorlage des zweiten Nachtragshaushaltes ein, dass ihre Annahmen und Planungen falsch waren. Auch die FDP habe erhebliche Bedenken, ob das Verhalten der

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) stützte sich in seiner Stellungnahme zur Verfassungsfrage auf das Gutachten des Steuerrechtlers Professor Dieter Birk. Der Verfassungsgerichtshof habe 2003 entschieden, dass wesentliche Regelungen der Haushaltsgesetze 2001 und 2002 verfassungswidrig seien, erinnerte Klose. „Überragende Bedeutung hat die Sicherung des parlamentarischen Budgetrechts. Die Entscheidungskompetenz des Parlaments darf nicht durch schwerwiegende Vorfestlegungen der Exekutive außer Kraft gesetzt werden“, zitierte er aus dem Gutachten. Die Parlamentsmehrheit werde gezwungen, den Haushalt nachträglich zu genehmigen. Das schränke das Parlament in seinen Wirkungsfunktionen ein.

„Das Geräusch ablaufenden Badewassers“ Steinbrück greift CDU-Chef Rüttgers in der Etatdebatte an

In dritter Lesung hat der Landtag mit den Stimmen der Koalition und gegen das Votum der beiden Oppositionsfraktionen den Nachtragshaushalt verabschiedet. Die Auseinandersetzung spitzte sich dabei auf die beiden Hauptpersonen der Landtagswahl zu, Ministerpräsident Steinbrück und seinen Herausforderer Dr. Jürgen Rüttgers (CDU).

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, sagte: „Wir haben diese hemmungslose Schuldenmacherei satt!“ Sie sei unmoralisch. In seiner Amtszeit habe Ministerpräsident Steinbrück 32 Milliarden zusätzlicher Schulden aufgehäuft: Er sei „der größte Schuldenmacher in der Geschichte des Landes NRW“. Die Politik seiner Regierung lasse sich so zusammenfassen: 100 Milliarden Euro Schulden, mehr als eine Million Arbeitslose, mehr als fünf Millionen Stunden Unterrichtsausfall – und die Reaktion: „Rot-Grün tut nichts.“ Mindereinnahmen „vorübergehend“ durch neue Schulden auffangen zu wollen, das sei nichts als „Steinzeitökonomie“ auf Kosten der Menschen. Während die SPD in ihrem Programm Wahlversprechen von mehr als sieben Milliarden Euro ohne Deckungsvorschlag mache, gehe seine Fraktion den entgegengesetzten Weg. Sie wolle, dass Personal eingespart wird, dass die Verwaltungsreform vorangetrieben wird und sie plane die Halbierung der staatlichen Steinkohleförderung bis 2010. Dazu sage die SPD stets „Das geht nicht“. Aber mit dieser Politik des „Geht nicht“ schaffe man keine Zukunft, sondern würge die Konjunktur ab. Schulden machten arbeitslos, kurz: „Rot-Grün macht arm.“ Die CDU werde in diesem Land die Proportionen wieder zurecht rücken, versprach Rüttgers und setzte sich für eine strenge Haushaltskonsolidierung ein: Sparen bei Sachmitteln, beim Personal, bei den Förderprogrammen und bei den Leistungsgesetzen. „Dieses Opfer werden wir den Menschen zumuten.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, zeigte sich von der Rede Rüttgers enttäuscht. Der Oppositionsführer habe von den wahren Problemen des Landes wenig Ahnung. Er verfüge über kein belastbares Programm und über keinen konkreten Politikvorschlag für NRW. Dafür rede er das Land schlecht und übertreibe

Defizite. Rot-Grün sei stolz auf die Arbeit, „die wir hier in den letzten fünf Jahren geleistet haben“. Die schwerste Haushaltskrise sei zu bewältigen gewesen. Es habe ein permanentes konjunkturelles Tief und steigende Sozialkosten gegeben. Deswegen die größte Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik. Wenn die CDU wirklich meine, der Haushalt von NRW sei – wie der von Hessen, Niedersachsen, Saarland

und Berlin – verfassungswidrig, dann müsse sie vors Landesverfassungsgericht in Münster ziehen, fand Moron und hielt es für eine Täuschung der Bürger, wenn die Opposition dies unterlasse. Die Koalition habe den Haushalt konsolidiert und schmerzhafte Einschnitte vorgenommen, nicht zuletzt bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Das alles sei maßvoll und verantwortungsbewusst geschehen. Aber bei Bildung und Schule habe es keine Kürzungen gegeben. Wenn inzwischen Dritte davon sprechen, dass es mit der Wirtschaft des Landes wieder allmählich aufwärts gehe, dann „setzen wir darauf, dass wir zusammen mit den Aktiven in der Wirtschaft dieses Land wieder voranbringen. Wir reden es nicht schlecht, wir machen den Leuten Mut. Das ist unsere Perspektive“. Steinbrück sei der bessere Ministerpräsident, Rüttgers dagegen gelte als schwach und als Zauderer.

Dr. Ingo Wolf, Vorsitzender der FDP-Fraktion, prophezeite: „Lautstarkes Gesundbeten wird Ihnen nicht helfen.“ Die Leute fragten die SPD, warum alles das, „was Sie mit viel Wortgeklingel verbreitet haben“, nicht schon längst auf den Weg gebracht worden sei: „Sie hatten doch 39 Jahre Zeit.“ Dass der SPD-Fraktionsvorsitzende die Verfassungswidrigkeit des Haushalts

ingeräumt habe, „dazu kann ich nur gratulieren“. Aber daraus lerne die SPD nicht: „Sie sind lernresistent und Sie sind gescheitert.“ Wegen Bildungsmisere, Schulden und schlechten Wirtschaftsdaten habe die SPD ihren Wahlkampf in Schleswig-Holstein verloren, fuhr Wolf fort und betonte, das seien auch die zentralen Probleme in NRW. Die Bilanz der Landesregierung sei „verheerend“. Es hänge auch nicht alles nur von anderen ab, die Probleme des Landes seien hausgemacht, „wir werden nur durch eine konsequente Wachstumspolitik die Misere beseitigen“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, räumte ein: „Ja, wir haben Probleme, und wir arbeiten daran.“ Man stelle sich der Realität. Das sei der Unterschied zur Opposition, die den Menschen das Blaue vom Himmel verspreche und kein Wort dazu sage, wer das zu bezahlen hat. Rot-Grün, in Berlin wie in Düsseldorf, habe eine ordentliche Bilanz vorzuweisen. Die Bürger und die mittelständischen Betriebe seien steuerlich entlastet worden. Mit den Hartz-Reformen habe man den Arbeitsmarkt modernisiert. Weiterhin sei Kärnerarbeit angesagt. Politik könne keine Arbeitsplätze schaffen, nur die Rahmenbedingungen dafür verbessern. Die CDU grabe sich in den Schützengräben der ideologischen Feldschlachten von vorgestern ein. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten aber angesichts von PISA, Arbeitslosigkeit und Abbau der Staatsverschuldung Redlichkeit, Konzepte und keine Wolkenskuckucksheime.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) verteidigte den Kurs, den seine Regierung beim Landeshaushalt eingeschlagen hat. In der jetzigen Situation zu sparen hieße, die Konjunktur noch stärker abstürzen zu lassen. Der Ministerpräsident setzte sich mit den Alternativvorschlägen der Union auseinander und prüfte sie auf ihre Durchführbarkeit, etwa beim geforderten Abbau der Steinkohlesubventionen: Wenn sich hier die CDU durchsetzen würde, müsste 20.000 bis 30.000 Menschen gekündigt werden, ohne dass sie sozial aufgefangen werden könnten. Die CDU fordere von den Menschen Opfer, aber sage nicht, welche Opfer sie verlange. An Rüttgers gewandt: „Der Mann, der mich herausfordert, spitzt den Mund, aber er muss doch auch einmal pfeifen.“ Es komme nichts: „Stattdessen höre ich nur das Geräusch von ablaufendem Badewasser.“ Er sei, fuhr Steinbrück fort, seit zweieinhalb Jahren Ministerpräsident dieses Landes. Er bewerbe sich um die Fortführung dieses Amtes. Das aber sei die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler: „Der stelle ich mich mit der notwendigen Portion Selbstbewusstsein, ohne Überheblichkeit.“



Foto: Schälte

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)

Edgar Moron (SPD)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Peer Steinbrück (SPD)

Studienkonto statt Studiengebühr

Land hält an bestehendem System fest – Debatte im Plenum

Sollen Studierende künftig ab dem ersten Semester Gebühren zahlen? Nicht mit uns, so SPD und GRÜNE. Sie favorisieren das so genannte Studienkontenmodell, das Gebühren für Langzeitstudierende vorsieht. Auf die Debatte nach dem Verfassungsgerichtsurteil reagierten sie mit einem Antrag „Keine Studiengebühren in NRW – Studienkontenmodell weiterentwickeln“ (Drs 13/6583). Das jedoch ist für CDU und FDP alles andere als ein zukunftsweisendes Modell.

Dr. Hans Kraft (SPD) betonte: „Keine Studiengebühren in NRW – das war unsere Auffassung, das ist unsere Auffassung, das bleibt unsere Auffassung.“ Als rohstoffarmes Land sei man „dringend auf alle Talente aus allen sozialen Schichten angewiesen, die zu akademischer Exzellenz geführt werden könnten“. Dabei sei „alles andere als keine Studiengebühren eine zusätzliche Hürde“. Auch Gebühren auf Kredit hielt der Sozialdemokrat für „weder kalkulierbar noch tragbar“. Es gebe viele Akademiker, die den Kredit von in der Regel etwa 35.000 Euro „eben nicht ohne Probleme zurückzahlen“ könnten. Tatsache bliebe, Studiengebühren schrecken zunächst ab, die diskutierten 500 Euro seien nur der Einstieg. „Der Schluss sind 20.000 bis 25.000 Dollar wie bei der Ivy League. Dagegen sei das NRW-Modell der Studienkonten „klar, transparent und sozial gerechter als all das, was hier vorgeschlagen wird“.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) kündigte an, man werde den 22. Mai „zur Volksabstimmung darüber machen, ob die Bürger eine Bildungspolitik wollen, die nur privilegierten Schichten den Einstieg in ein Hochschulstudium ermöglicht, oder ob sie mit uns weiter den Weg einer sozial abgedeckten und intelligenten Hochschulpolitik gehen wollen“. Der Opposition warf sie vor, krampfhaft nach sinnvollen Erklärungen für das Bezahlstudium zu suchen. „Von den 28,4 Milliarden Euro, die beispielsweise im Jahr 2000 für Hochschulen und Studium aufgebracht wurden, trugen Studierende und ihre Familien 49 Prozent der Kosten“, rechnete Dr. Seidl vor. Wer dies weiter zu Lasten der privaten Haushalte verschiebe, riskiere, dass sich junge

einzig Katastrophe“. „Weil das Ganze so zukunftsweisend ist“, deckte Kuhmichel auf, „fließen die Gebühren des Jahres 2004 nicht in die Hochschulen sondern in die Taschen des Finanzministers.“ Aus geplanten 90 seien magere 45 Millionen geworden. „Wenn im nächsten Jahr alle Einnahmen in die Hochschulen fließen, wird nur ein kleines Rinnsal übrig sein. Bei 500 Euro pro Semester, wie es die CDU wolle, kämen pro Jahr 190 Millionen zusätzlich für die Hochschulen zusammen.

Menschen aus finanziellen Gründen gegen ein Studium entscheiden. „Keines der vorliegenden Modelle für Studiengebühren“, so das Fazit, „gibt hierauf eine zufriedenstellende Antwort“.

Manfred Kuhmichel (CDU) warf Rot-Grün vor, dass es sich bei den Studienkonten um „ein reines Strafgebührenmodell für Langzeitstudierende“ handele. Dabei würden die Bedingungen in NRW „es oft gar nicht möglich machen, zielgerichtet und schnell zu studieren“.

Handwerklich sei das Modell „eine

Und: Der Anteil derer, die aus bildungsfernen Schichten ein Studium aufnehmen, wird trotz Studiengebührenfreiheit kleiner.“

Christian Lindner (FDP) ergänzte, um „soziale Mobilität herzustellen“ müsse man andere Lösungen finden. Gerade angesichts sozialer Gerechtigkeit, sei das gebührenfreie Erststudium problematisch: „Ist es fair, dass die Hilfskranke Schwester, die nie im Leben eine Hochschule von innen gesehen hat, das Studium für den gut verdienen Chefarzt mitbezahlen muss, über ihre Steuern?“ Die Regierungsfaktionen hätten „keinerlei Gewissensbisse geplagt“, von länger Studierenden 650 Euro im Monat „abzukassieren“ und nicht in die Verbesserung von Bedingungen zu stecken, vermutete Lindner, hier gehe es nur um ein Mobilisierungsargument im Wahlkampf. Allein mit 18 Millionen aus einer Gebühr von 200 Euro könnten laut Lindner 500 Stellen für Nachwuchswissenschaftler geschaffen werden. Der Liberale appellierte, den Universitäten die Freiheit zu lassen. Dann gebe es sicher bald auch weitere Modelle – analog zur Privatuniversität Witten-Herdecke.

Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) entgegnete, Ziel der Studienkonten seien nicht Einnahmen gewesen, sondern „dass hier schneller und besser studiert wird“. Das sei erreicht worden. Wie solle man mit 18 Millionen landesweit einen Qualitätssprung erreichen, wenn allein die Universität Köln einen Etat zwischen 250 und 300 Millionen habe? „Ich will viel mehr Geld woanders her nehmen“, so die Ministerin. „Nämlich aus der Exzellenzinitiative und aus der Eigenheimzulage. Beides wird jedoch von der CDU blockiert. Kreditfinanzierte Studiengebühren, dass sei „für keine Bank der Welt interessant“, verwies sie auf Ausfallquoten von 30 Prozent beim BAföG. „Entweder gibt die öffentliche Hand eine Bürgschaft oder gewährt die Kredite selbst.“ Doch dafür habe man das Geld nicht. Die Idee des Hamburger CDU Wissenschaftsministers, das BAföG mit in den Kredit zu nehmen sei „eine Umverteilung von Arm nach Reich“.



Fotos: Schälte

Wie viel Zeugnis braucht das Land?

Aktuelle Stunde zu einer Änderung für Klasse 3

Schüler der Klasse 3 erhalten zum Halbjahr künftig kein Zeugnis mehr. Ist damit eine wichtige Chance vertan, Leistungsdefizite rechtzeitig zu erkennen und zu beheben? Dass meinen zumindest CDU und FDP und forderten in der Aktuellen Stunde des Landtags die Beibehaltung der alten Regelung. SPD und GRÜNE hingegen setzen zu diesem Zeitpunkt in der Schulbahn auf andere „ebenso wirksame“ Kontrollmechanismen.

Bernhard Recker (CDU) warf Ministerin Ute Schäfer vor: „Sie predigen auf der einen Seite Früherkennung und Förderung und auf der anderen Seite entziehen Sie genau dafür den Boden.“ Die Abschaffung des Halbjahreszeugnisses in der dritten Klasse sei ein Eigentor mit einer verheerenden Wirkung, „wenn man als einziges Argument die Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern angibt“. Die seien tatsächlich überfrachtet durch „das Reformchaos und durch blinden Aktionismus“. Der Wegfall dieses Zeugnisses bedeute einen Verlust von Qualität, sei leistungsfeindlich und schülerunfreundlich, verstoße gegen „den notwendigen Kommunikationsfluss zwischen Eltern und Schule“. Zumal, so Recker, das zur Rede stehende Zeugnis Eltern und Schülern erstmals deutlich zeige, wo die Stärken und Schwächen liegen.

Wolfgang Große Brömer (SPD) konterte, die Opposition sei dabei, die „Grenze zwischen seriöser Bildungsdebatte und purer Polemik, purer Propaganda“ zu überschreiten: „Ein Akt der Hilflosigkeit. Sie mussten erfahren, dass Ihr tolles Bildungsprogramm zu über 90 Prozent entweder schon verwirklicht worden ist oder von uns verwirklicht werden wird.“ Man habe zurzeit die Situation, dass am Ende der ersten Klasse ausführliche Berichtszeugnisse formuliert werden. Ebenso am Ende der zweiten, zum ersten Halbjahr in der Klasse Drei und zum Ende der dritten Klasse. Bezogen auf das dritte Schuljahr seien das drei Zeugnisse innerhalb von zwölf Monaten. Das auf zwei zu begrenzen sei „kein Qualitätsverlust, kein Abbau von Bildungsniveau“, verwies Große Brömer auf Kernlernpläne, Lernstandserhebungen, individuelle Lern- und Förderempfehlungen.

Ralf Witzel (FDP) sah „endlich die rot-grüne Maske fallen“. Die Koalition wolle nicht nur die Einheitsschule: „Sie wollen mittel- bis langfristig auch die notenfrie Einheitsschule.“ Die Lösung der Bildungsprobleme sah Witzel darin, „dass wir jedes einzelne Kind besser fördern und fordern. Das kann nur auf der Basis einer transparenten Leistungsbewertung geschehen.“ NRW habe unter den Flächenländern die zweitschlechtesten Kompetenzwerte. „Die Bildungsdefizite dieses Landes sind hausgemacht“, sah er Zusammenhänge zwischen bildungspolitischen Instrumentarien, der Lernkultur und den Schülerergebnissen. „Im letzten Jahr haben Sie angefangen und einzelne Klassenarbeiten in den höheren Jahrgängen abgeschafft. Heute wollen Sie weniger Zeugnisse in der Grundschule.“ Eine Politik, zitierte Witzel Pressestimmen, die landauf, landab zu Protesten führe – bei Lehrern, Eltern und Schülern.

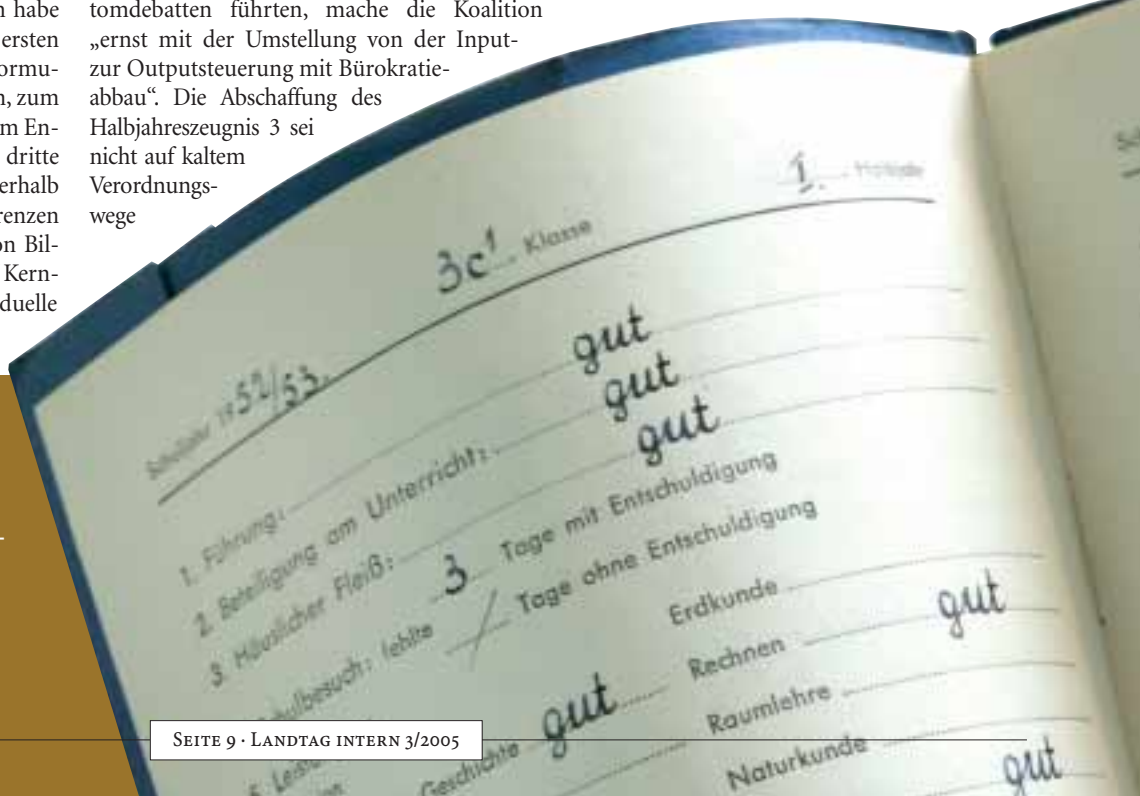
Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, sah allein in der Thematisierung ein Indiz, „wie jämmerlich CDU und FDP in Bildungsfragen aufgestellt sind“. Während diese Phantomdebatten führten, mache die Koalition „ernst mit der Umstellung von der Input- zur Outputsteuerung mit Bürokratieabbau“. Die Abschaffung des Halbjahreszeugnis 3 sei nicht auf kaltem Verordnungswege

erfolgt. „Offenbar haben Sie das Anhörungsverfahren verpennt.“ Inhaltlich gebe es nirgendwo einen so engen, vielfältigen Austausch zwischen Eltern und Schule wie in der Grundschule. „Wir brauchen Diskussionen über Instrumente, über einen Mentalitätswechsel.“ Ein neues Instrument: die Lernstandserhebung. Selbstverständlich würden „in der Grundschule Tests und Klassenarbeiten geschrieben und benotet, auch mit Ziffernnoten“. Der Opposition, so Löhrmanns Vorwurf, gehe es nicht um transparente Rückmeldung über den Leistungsstand der Kinder sondern ausschließlich um Noten.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) zeigte Verständnis für die Aufgeregtheit in der öffentlichen Debatte: „Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, deutlich zu machen, wie wir unsere Schulen in Bezug auf Leistungsorientierung neu ausrichten. Dafür haben wir alle Instrumente einbezogen.“ So habe man verbindliche Standards für alle Jahrgangsstufen definiert. „Mit zwei Lernstandserhebungen in Klasse Vier und Neun haben wir eine Transparenz in unser Schulwesen hineingebracht wie kaum ein anderes Bundesland.“ Die erste der beiden Erhebungen will man demnächst in die dritte Klasse vorverlegen. „Ich kann hier und heute sagen, das gelingt“, so die Ministerin. Im Laufe des dritten Schuljahres bekämen die Kinder darüber hinaus Noten für Klassenarbeiten. „Test, Lerntagebücher, Portfolios – all diese Dinge entwickeln die Grundschulen in einer unglaublich guten Art und Weise.“ Für all die Kinder, bei denen nach dem ersten Halbjahr deutlich werde, „dass sie sich noch einer besonderen Anstrengung unterziehen müssen“, gebe es individuelle Lern- und Förderempfehlungen.

Eine lange Geschichte fand ihr Ende – das Halbjahreszeugnis für die Klasse 3 (hier ein frühes Exemplar) muss von den Lehrerinnen und Lehrern des Landes nicht mehr geschrieben werden.

Foto: Schälte



Hilfe bei Umstellung auf neue Abschlüsse

CDU bleibt dabei: Land benachteiligt Fachhochschulen

Stehen die Fachhochschulen in NRW schlechter da als die Universitäten? NRW will seine Studiengänge bis 2008 auf die neuen Abschlüsse (Bachelor und Master) umstellen und so eine europaweite Vernetzung der Hochschulausbildung sichern (Bologna-Prozess). Mit verschiedenen Förderprogrammen werden deshalb die Fachhochschulen für diese Umstellung gerüstet. CDU bangt dabei um Unterfinanzierung, Stellenabbau und eine Verschlechterung ihrer Situation. Im Plenum diskutierten die Fraktionen aufgrund eines CDU – Antrags (Drs. 13/6585) die befürchtete „Schlechterstellung“ der Fachhochschulen in diesem Umstellungsprozess.

Dr. Hans-Joachim Franke (CDU) betonte die Benachteiligung der Fachhochschulen in NRW gegenüber den Universitäten. Er kritisierte den Versuch der SPD einerseits „alle Hochschulen gleichstellen zu wollen und fairen Wettbewerb untereinander zu fördern“ und andererseits die Fachhochschulen und Universitäten „erkennbar unterschiedlich auszustatten“.

Dr. Hans Kraft (SPD) stellte den CDU-Antrag als unzutreffend dar und betonte eine „deutliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand“ an den Fachhochschulen in NRW.

Von einer Benachteiligung der Fachhochschulen könne keine Rede sein, erklärte er. Der Anteil der Professorenstellen für die höchste Besoldungsgruppe (W3) sei in den Hochschulen erst vor wenigen Monaten gesetzlich geregelt worden und stelle eine enorme Aufwertung für die Fachhochschulen dar.

Dr. Daniel Sodenkamp (FDP) unterstützte den Antrag der CDU. Er forderte mehr Flexibilität in der Besoldung von Professoren, um „international und auch national wettbewerbsfähig“ zu bleiben. Die Professorenstellen mit der

höchsten Besoldung seien auf Universität und Fachhochschule ungerecht verteilt. Bei der Umstellung von Bachelor und Master fühlten sich die Hochschulen „im Stich gelassen“. Man wünsche sich, dass sich das Ministerium mehr um die Umstellung kümmere.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) betonte, ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen und gesteigerte Ausgaben für Forschung und Entwicklung zeige, dass „deutlich bessere Bedingungen geschaffen“ werden. Weiter wies sie daraufhin, dass es keine Unsicherheiten bei der Umstellung der Masterstudiengänge gäbe und dass sich die Fachhochschulen selbstbewusst im Wettbewerb mit In- und Ausland messen können.

Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) machte darauf aufmerksam, dass man die Hochschulen bei der Umgestaltung der Studiengänge unterstütze. Die Angleichung von Bachelor und Master würde ebenfalls durch 45 Millionen Euro, die an die Hochschulen gehen, erleichtert. Als „Fan“ der Fachhochschulen sei sie bemüht, diese Hochschulen in NRW „gut zu verkaufen“.



Auch in diesem Jahr hat Landtagsvizepräsidentin Edith Müller (M.) zu einem Empfang für Lesben und Schwule eingeladen. Die Vizepräsidentin freute sich, dass sie zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern aus der lesbisch-schwulen Szene für ihr Engagement danken durfte. Von den Organisationen wurde der Empfang wie immer zum Austausch mit der Politik und untereinander genutzt. Lesben und Schwule hätten in den letzten Jahren viel erreicht, aber die Diskussion um das Antidiskriminierungsgesetz zeige, dass noch viel Arbeit für die Zukunft anstehe, meinte Müller. Foto: Schälte

Konkurrenz belebt das Geschäft

Studienabschlüsse an den Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung

Der Bologna-Prozess, der die Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis 2010 vorsieht, verändert auch die Strukturen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Der Gesetzentwurf der Regierungskoalition, der in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN verabschiedet wurde, sieht vor, Bachelor- und Masterstudiengänge für die Verwaltungsfachhochschule einzuführen.

Jürgen Jentsch (SPD) begrüßte die Umstellung. Anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsprojekte und die Evaluation der Lehrqualität seien weitere Elemente zur Modernisierung der Verwaltung. Weiterhin wünschte er sich „eine noch stärkere Verzahnung von Praxis, Theorie und Wissenschaft“ und eine „Verzahnung zwischen Polizei und dem öffentlichen Dienst“.

Dr. Hans-Joachim Franke (CDU) plädierte für eine „klare Zuordnung von Hochschulabschlüssen zu Verwaltungslaufbahnen“. Die vorliegende Novelle ist „der Versuch einer überaus vorsichtigen Öffnung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Richtung und in Anlehnung an die Rechtslage des allgemeinen Fachhochschulwesens“.

Jan Söffing (FDP) fand es nicht sachgerecht, die Fortentwicklung der Fachhochschulen nur auf die Verwaltungsfachhochschule zu beschränken. Er verwies auf den bestehenden

Konsens, alle drei Fachhochschulen fortzuentwickeln. Die beiden anderen würden sonst „zu reinen Berufsakademien mutieren“.

Monika Düker (GRÜNE) gab zu bedenken, es sei nicht möglich, alle drei Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes gleich zu behandeln, weil sie nicht gleich seien. Sie beschrieb als Ziel, die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und Ausbildungsbehörden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) stellte fest, dass die Weiterentwicklung der Ausbildung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung ein wichtiger Schritt nach vorn sei. Der Nachwuchs werde künftig entweder an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung oder an einer Hochschule ausgebildet, die einen gleichwertigen Studiengang anbiete. Dies führe zu mehr Wettbewerb und damit insgesamt zu einer Verbesserung der Qualität in der Ausbildung.

„Das Land NRW stellt keine Visa aus“

Heftige Debatte um die Folgen des Volmer-Erlasses für NRW

„Ein zutiefst ideologisch begründeter Akt“ mit „katastrophalen Folgen für NRW“. So sieht die FDP den Volmer-Erlass als Ursache der Visa-Affäre um das Auswärtige Amt. Welche Rolle die Landesregierung gespielt habe und welche Gefahren für Nordrhein-Westfalen entstanden seien, wollte sie wissen. Antworten gab es in einer heftigen Debatte im Plenum. Am Ende lehnte die Koalition den Antrag ab. SPD und GRÜNE verabschiedeten gegen die Stimmen von CDU und FDP einen Entschließungsantrag mit dem Titel „Der Untersuchungsausschuss des Bundestages soll seinen Arbeitsauftrag erfüllen“ (Drs. 13/6643).

Marianne Thomann-Stahl (FDP) verwies auf einen Brief der Bezirksregierung Köln: „Bei uns leben Menschen in Erdlöchern. Sie verdienen sich als Tagelöhner ohne jede soziale Absicherung. Der Innenminister leitet den Brief weiter, kriegt monatelang keine Antwort und ist nicht zuständig?“ Selbstverständlich sei die Landesregierung zuständig, wenn Menschen aus der Ukraine mit Besuchs-Visa hier „unseren Arbeitnehmern, unseren Beschäftigten die Arbeitsplätze wegnehmen“. Von Ministerin Höhn forderte die Liberale, sich für die Aussage, „dass junge Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, mit Visum besser dran sind als ohne“, zu entschuldigen. Überhaupt ignorierten, so Thomann-Stahl, die Grünen die Realität. „Für Sie“, prophezeite sie

Schwarzarbeit sind nicht bürokratische Regelungen, sondern die Ursache ist nach wie vor das Wirtschaftsgefälle zwischen Mittel- und Osteuropa.“ Die Opposition solle aufhören, „in der Visa-Frage verbal aufzurüsten. Das ist kein Landesthema.“

Helmut Stahl (CDU) räumte ein, „dass Berlin natürlich zuständig ist“. Aber NRW habe gelitten. „Es gab Kreise, die im Juli 2001 an die Bezirksregierung herangetreten sind und gesagt haben: Wir greifen Beschäftigte auf, die illegal hier sind.“ Der Abgeordnete: „Aber nein, sie waren nicht illegal hier. Sie standen auf dem so genannten Arbeiterstrich an der Venloer Straße

nicht aber an einer rückwärts gerichteten Debatte der Abschottung und Ausgrenzung. Beim Thema Reisefreiheit gehe es immer um die „Abwägung von Freiheit und Sicherheit“. Konkret um zeitlich befristete Besuchervisa und nicht um Einwanderungspolitik. „Immerhin waren es auch Vertreter und besonders Vertreterinnen der FDP“, so die Grünen, „die diesen angeblich, zutiefst ideologisch begründeten Akt seinerzeit eingefordert haben.“

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) betonte: „Unsere Polizei ist und war wachsam. Sie hat Erfolge gegen Schleuser erzielt und weitsichtig gehandelt, indem sie 2003 ein Ermittlungskonzept gegen Menschenhandel konsequent umgesetzt hat. Wir haben auch vom Ministerium aus die Informationen, die uns zur Verfügung standen unverzüglich nach Berlin weitergeleitet, in die sonstigen Beratungen auf Bundesebene einfließen lassen.“ Ob der Erlass



Marianne Thomann-Stahl (FDP)

Ralf Jäger (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

Monika Düker (GRÜNE)

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD)

Fotos: Schalte

der SPD, „wird die babylonische Gefangenschaft, in die Sie sich bei den Grünen begeben haben, noch zum Problem werden.“

Ralf Jäger (SPD) mahnte Sachaufklärung an. Fakt sei, „dass das Ausstellen von Visa ausschließlich den Auslandsvertretungen Deutschlands im Ausland obliegt“. Landesbehörden seien nicht beteiligt. Die Landesregierung habe, wo es ihr möglich war, Bundesstellen auf den möglichen Visa-Missbrauch hingewiesen. „Grund für Prostitution und

in Köln und haben sich für zwei bis drei Euro in der Stunde verdienen müssen.“ Stahl weiter: „Was hier passiert ist, war eine gigantische Verletzung von Menschenrechten.“ Nun komme es darauf an zu klären, „wie sich Behörden dieses Landes gegen Menschenrechtsverletzungen wehren“. Hier sei ein gewaltiger Schaden für den Rechtsstaat entstanden.

Monika Düker (GRÜNE) sagte, ihre Fraktion werde sich an der weiteren Aufklärung möglicher Versäumnisse konstruktiv beteiligen,

Auswirkungen auf die Kriminalität in NRW gehabt habe? Dazu gebe es in der Statistik keine eindeutige Tendenz. Es sei falsch, dass der Schwerpunkt des Visa-Missbrauch in NRW gelegen habe.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) verwahrte sich gegen die Vorwürfe der Opposition. Mit ihrer Einschätzung, dass Frauen, insbesondere Prostituierte, sich in einer viel schlimmeren Situation befinden, wenn sie illegal hier seien, als wenn sie ein gültiges Visum besitzen, stehe sie „in voller Übereinstimmung mit den Beratungsstellen gegen Menschenhandel“. Deren Aussage, dass das Thema Menschenhandel für politische Zwecke instrumentalisiert werden solle, sei nichts hinzuzufügen.

VON JÜRGEN JENTSCH (SPD)

Nach dem Aufenthaltsgesetz sind für alle Pass- und Visaangelegenheiten im Ausland die Auslandsvertretungen zuständig. Das Besuchsvisum wird in der Regel für drei Monate erteilt. Bevor jemand in die Bundesrepublik einreist, gilt für die Erteilung eines Besuchsvisums der Grundsatz, dass der Antragsteller mögliche finanzielle Folgekosten seines Aufenthalts (zum Beispiel Kranken- und Abschiebekosten) tragen muss. Dies geschieht entweder durch Garantierklärung des Einladenden oder, bei Touristen, seit 1995 durch eine Reiseschutzversicherung.

Die Frage der Toleranz von Visabestimmungen ist auch eine Frage der Toleranz unserer Gesellschaft. Was wir nicht wollen ist Schwarzarbeit, unberechtigtes Abkassieren von Sozialhilfe, importierte Zwangsprostitution und Drogenkriminalität. Hier gilt es klar einen Riegel vorzuschieben. Deutschland ist und muss aber ein fremdenfreundliches Land bleiben. Wir leben wie kaum ein anderes Land vom Export und sind deshalb auf intensive Kontakte mit Fremden angewiesen. Dafür gibt es viele Beispiele: Wir profitieren nicht nur von ausländischen Spitzenkräften, sondern auch vom Tourismus und speziellen Angeboten für zahlungskräftige Patienten aus dem Ausland im Bereich der Medizin. Allzu enge Visabestimmungen schaden unserem Land. Deshalb gilt für

uns: Wir müssen sorgfältig abwägen zwischen den berechtigten Interessen und dem Sicherheitsbedürfnis unseres Landes. Daran muss sich eine moderne Visa-Politik ausrichten.



VON THEO KRUSE (CDU)

Bei der Visa-Vergabe müssen das Ausländerrecht, das EU-Recht und das Schengener-Abkommen berücksichtigt werden. Dabei hat der Grundsatz „Im Zweifel für die Sicherheit“ zu gelten. Das steht für die CDU fest. Der Fischer-Volmer-Erlass vom 3. März 2000 hat jedoch den Grundsatz „im Zweifel für die Reisefreiheit“ zur Handlungsmaxime bei der Visumvergabe erklärt. Damit hat sich die rot-grüne Bundesregierung gegen die Sicherheit der hier lebenden Bürger entschieden. Der Kurswechsel, den das Auswärtige Amt vollzogen hat, war begleitet von Protesten und Warnungen von Botschaften und Sicherheitsbehörden. Bald lagen Berichte über die praktischen Folgen der angeblich „humanitären“ Einwanderungspolitik vor: Eine falsch verstandene Weltoffenheit hat dazu geführt, dass Schleuser, Menschenhändler, Kinderschänder und Zuhälter leichtes Spiel hatten. „Gutmenschentum“ hat zu Menschenrechtsverletzungen geführt. In Deutschland wurden kriminelle Netzwerke aufgebaut, Frauen wurden als Prostituierte missbraucht und ausgebeutet, der Volkswirtschaft entstand hoher Schaden durch Schwarzarbeit. Im Großraum Köln hat sich aufgrund der Visumpraxis ein „Arbeiterstrich“ entwickelt, auf dem sich die „Touristen“ als Billigarbeitskräfte angeboten haben. Unter menschenunwürdigen Bedingungen lebten sie in Erdlöchern im Wald. Das kriminelle Treiben führte zu Fassungslosigkeit und Frust bei Polizei und Justiz. Ein Gericht bezeichnete die rot-grüne Visa-Praxis als kalten Putsch gegen das geltende Ausländerrecht. Deutschland ist ein freies, weltoffenes Land. Trotzdem

muss die innere Sicherheit Vorrang haben. Die Visa-Vergabe darf nicht für eine ideologisierte Zuwanderungspolitik missbraucht werden.



VON HORST ENGEL (FDP)

Deutschland ist ein freies Land, ein freizügiges Land, und das muss es auch bleiben. Wir Liberalen wollen keine Einreisepolitik, die diejenigen abschreckt, die wir gerne hier sehen würden. Es sind ja gerade die Gutwilligen, die sich abschrecken lassen und die Straftäter suchen nach Schlupflöchern. Wir wollen den Tourismus und den wissenschaftlichen Austausch fördern, und als eines der größten Exportländer dürfen wir natürlich auch den Geschäftsreiseverkehr nicht unnötig behindern. Aber wir müssen wissen, dass Freiheit und Sicherheit zwei Seiten derselben Medaille sind. Dies scheint Rot-Grün völlig zu übersehen. Durch die EU-Erweiterung sind unsere Binnengrenzen zu EU-Außengrenzen geworden. Deshalb muss gelten: Auch bei der Einreise müssen zwingend Sicherheitsstandards beachtet werden. Das ist unser nationales Interesse. Es kann nicht sein, dass durch eine laxen Visa-Handhabung, so wie sie von der politischen Führung des Auswärtigen Amtes den über 160 deutschen Auslandsvertretungen mit Erlassen vorgeschrieben wurde, der massenhaften bandenmäßigen und professionellen Schleuserkriminalität Vorschub geleistet wird. Grenzkontrollen und Fahndungsmaßnahmen wurden regelrecht „untertunnelt“. Sogar international gesuchte Terroristen konnten in mindestens zwei Fällen mit Visa nach Deutschland einreisen. Das Sicherheitsrisiko an den EU-Außengrenzen hat einen Namen: Außenminister Fischer.



VON MONIKA DÜKER (GRÜNE)

Deutsche Auslandsvertretungen erteilen jährlich etwa 2,5 Millionen Visa. Dabei ist in jedem Einzelfall die nötige Balance zwischen Weltoffenheit und den Erfordernissen der Sicherheit zu wahren. Sicherheit ist im Interesse unseres Landes, Weltoffenheit ist im Interesse unseres Landes. Das bleibt auch bei den Visa-Bestimmungen Leitlinie unserer Politik. In den Jahren vor 1998 herrschte eine sehr restriktive Visa-Praxis. Diese war fatal für den Wissenschaftsstandort Deutschland, die Wirtschaft, den Tourismus und führte gerade bei Familienbesuchen zu Härtefällen. Daher haben sich Politiker und Politikerinnen aller Parteien im Petitionsausschuss des Bundestages für eine Lockerung der Visa-Bestimmungen eingesetzt und tun es heute noch. Zuletzt im Januar 2005 der hessische Ministerpräsident Koch im Hinblick auf chinesische Touristen.

Diese Politik der rot-grünen Bundesregierung hat aber nicht – wie bei nüchterner Betrachtungsweise klar erkennbar ist – zu dem problematisierten Visa-Missbrauch an einigen Botschaften geführt. Selbst bei einer zu restriktiven Visa-Politik mit all ihren ökonomischen und humanitären Nachteilen ist Visa-Missbrauch in der Praxis leider nicht völlig zu unterbinden. So ist es während der Kohl-Ära 1996 in der deutschen Botschaft in Teheran zu Erschleichung von 20.000 Visa gekommen. Übrigens: Die Bestimmungen zur Erteilung von Visa für die Bundesrepublik Deutschland werden von der EU und der Bundesregierung erlassen. Das Land NRW hat hier keinerlei Regelungskompetenz.



Nachdenken in klammen Zeiten

Entwicklung, Information, Entspannung – die Wirkung ist vielfältig

Mitte April ist es so weit: Dann öffnet in Leverkusen die diesjährige (und vorerst letzte) Landesgartenschau ihre Pforten. Unterhalb einer Autobahnbrücke und in Nachbarschaft zur imponierenden Industriekulisse der Bayer AG präsentiert sich das 75-jährige Leverkusen als junge Stadt am Rhein mit Rheinpark, Promenade und Schiffsanleger.



Grüne Gestalt im Blütenmeer – „Frops“ ist das offizielle Maskottchen der Landesgartenschau 2005 in Leverkusen.

Die Planer von Gartenschauen, scheint es, lieben solche Plätze. Hier können sie so richtig loslegen und alle Register ihres Könnens ziehen. Egal ob es die Brache einer stillgelegten Zeche ist, die neu belebt wird oder die Werksdeponie, wo bis zu zwölf Meter Asche, Bauschutt, Schlacken oder Produktionsrückstände aufgehäuft (und vergessen) wurden. Diese frühere Altlast in der Dhünn-Aue ist jetzt die Bühne für die Leverkusener Gartenschau.

Solche Verwandlungen kosten Geld – wohl angelegtes Geld, denn durch eine Gartenschau ist das ursprüngliche Gelände nicht wieder zu erkennen. Damit haben die Landesgartenschauen von der „Blümchenschau“ früherer Jahre sich zu einem wirksamen Instrument der Stadtentwicklung gemausert – mit positiven ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen.

Aber das Geld ist in diesen Tagen knapp geworden. Die fünf Millionen Euro, die das Land zur Grundfinanzierung von Landesgartenschauen seit zwei Jahrzehnten zuschießt, waren bei den Haushaltsberatungen für 2003 auf einmal nicht mehr da. Das Landeskabinett entschied: Die Gartenschauen 2004, 2006 und 2007 werden nicht stattfinden. Ein „Erfolgsmodell“, wie Landwirtschaftsministe-

rin Bärbel Höhn sagte, hing auf einmal in der Luft.

Man begann über das Instrument nachzudenken. Eine Reihe von Anregungen hat der Workshop gebracht, der Mitte vergangenen Jahres auf Einladung des zuständigen NRW-Landwirtschaftsministeriums zum Thema „Die Zukunft der Landesgartenschauen in NRW“ getagt hat. Die Fachleute waren sich einig, dass Landesgartenschauen ein hervorragendes Instrument der Stadt- und Grünflächenentwicklung sind und noch erhebliches Potential zur Weiterentwicklung bieten.

Und die Interessengruppen meldeten sich zu Wort. Mit großer Sorge, so ließen die Gartenamtsleiter der Kommunen vor kurzem verlauten, werde die seit zwei Jahren ungeklärte Zukunft der Landesgartenschauen beobachtet. Jeder Euro Landesmittel ziehe das bis zu Fünffache an privaten Investitionen nach sich. Das habe auch arbeitsmarktpolitische Konsequenzen. Der rheinische Gartenbauverband wertete die Landesgartenschauen als Investitionen in die Zukunft und „dringender als je zuvor“. Sie brächten Motivation in die gesamte Region und nähmen viele Menschen mit.

Die Zeit drängt. Wenn es 2009 wieder eine Landesgartenschau geben soll, dann muss das schon bei den Haushaltsberatungen für das

Jahr 2006 bedacht werden – so lang ist der zeitliche Vorlauf. Manche Kommune im Land hat Flächen, die dringend saniert und aufgewertet werden müssen. Die Betriebe des heimischen Gartenbaus, von der Konjunktur ohnehin nicht verwöhnt, sind erpicht darauf, ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Bürgerinnen und Bürger wollen sich vor Ort engagieren.


„Neuland entdecken“ lautet das Motto der diesjährigen Landesgartenschau. Diese Aufforderung richtet sich nicht nur an die Leverkusener. Sie kann zugleich als unverblümter Appell verstanden werden, der Landesgartenschau wie einem Baum einen kräftigen Verjüngungsschnitt zu verpassen und damit das weitere Gedeihen zu sichern. JK

Aus dem Rhythmus

1984 die erste Landesgartenschau in Hamm – in diesem Jahr in Leverkusen die letzte? Die Entscheidung darüber fällt in die Zuständigkeit der Politik: Ist sie bereit, im Landshaushalt fünf Millionen Euro pro Schau locker zu machen? Die Landwirtschaftsministerin hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass diese Summe die höchste reine Landesförderung in ihrem Etat darstellt. Auf einen solchen Posten fällt bei Kürzungsdebatten schnell der Blick.

Dieses Thema wird im Landtag immer wieder erörtert. Denn das Parlament beobachtet die Entwicklung – mal mit Sorge, aber immer mit Zuversicht und drückt sein Interesse an einer Fortführung der Landesgartenschauen aus.

In der Fragestunde des Landtags im April 2002 ließ Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) keinen Zweifel daran, dass man das Thema nicht zu den Akten legen wolle. Aber es müsse ein langfristig tragfähiges Konzept her, das das fachlich Wünschenswerte mit dem finanziell Machbaren verbinde.

Positive Signale der Landesregierung auch auf einer der letzten Sitzungen des Landwirtschaftsausschusses. Im zuständigen Fachministerium werde die Chance zu einer Fortführung gesehen, meinte der Staatssekretär. Die Ausschussvorsitzende Marie-Luise Fasse (CDU) zog daraus den Schluss, dass alle Beteiligten an einem guten Ergebnis interessiert seien. Das sei doch eine Botschaft, die man der Öffentlichkeit vermitteln könne, stellte sie fest. 



Positive Signale für die Zukunft

Interviews mit den agrarpolitischen Sprechern der Fraktionen

1984 öffnete die erste Landesgartenschau in Nordrhein-Westfalen ihre Pforten. Mit der diesjährigen Landesgartenschau in Leverkusen droht eine mehr als 20-jährige Tradition nun zu Ende zu gehen, denn nach derzeitigem Planungstand ist es die letzte. Dabei sind aus allen Landtagsfraktionen Signale für den weiteren Erhalt von Landesgartenschauen zu vernehmen. Haben die Landesgartenschauen in NRW noch Zukunft? Landtag intern sprach mit den agrarpolitischen Sprechern: Dr. Georg Scholz (SPD), Eckhard Uhlenberg (CDU), Felix Becker (FDP) und Reiner Priggen (GRÜNE).

Wieso leistet sich in Zeiten knapper Kassen Nordrhein-Westfalen noch eine Landesgartenschau?

Dr. Scholz: Dafür sprechen drei Gründe: Erstens der deutliche Imagegewinn der Städte. Ich kann dies aus Sicht meiner Heimatstadt beurteilen. Hamm war 1984 Ausrichter der ersten Landesgartenschau in NRW. Der Maximilian-Park ist mit bis zu 250.000 Besuchern pro Jahr bis heute einer der Publikumsmagneten in Hamm. Der zweite Grund für Landesgartenschauen ist der strukturpolitische Beitrag, den sie leisten. Um beim Beispiel Hamm zu bleiben: Hier hat man eine ehemalige und vollkommen verwilderte Zechenbrache als Standort für die Landesgartenschau ausgewählt. Als drittes Argument ist der positive wirtschaftliche Effekt auf den Garten- und Landschaftsbau als Gewerbebezug zu nennen. Landesgartenschauen bedeuten Aufträge für die Branche.

Uhlenberg: Momentan leisten wir uns ja keine mehr. Bereits während der Haushaltsplanberatungen im Dezember 2001 hat sich der Landtag mit diesem Thema intensiv beschäftigt. Damals hat die Landesregierung entschieden, die Landesgartenschauen



Dr. Georg Scholz (SPD)

ab 2005 einzustellen. Im April startet die vorerst letzte in Leverkusen. Meine Fraktion hat damals schon beantragt, weiterhin Mittel im Haushalt bereitzustellen, damit Landesgartenschauen auch nach 2005 noch möglich sind. Es gibt in NRW eine breite Bewegung für den Erhalt der Landesgartenschauen. Das beweist eine Vielzahl von Briefen, die ich von Garten- und Landschaftsbauern sowie Landschaftsarchitekten erhalten habe. Fakt ist: Landesgartenschauen bedeuten Innovation. Für die jeweilige Stadt bzw. Region ist damit eine riesige



Eckhard Uhlenberg (CDU)

Attraktivitätssteigerung verbunden. Es gibt Statistiken die besagen, dass jeder Euro Landesmittel das drei- bis fünffache an privaten Investitionen nach sich ziehe.

Becker: In diesem Jahr haben wir noch die Landesgartenschau in Leverkusen. Ob Weitere folgen werden, ist ungewiss. Wir bedauern das sehr, da wir die Landesgartenschauen als Jobmotor und als Identifikationsmedium der Bürger mit unserem Land sehen. Sicherlich müssen sich die Landesgartenschauen den Haushaltsgegebenheiten anpassen. Beispielsweise brauchen wir nicht jedes Jahr eine Landesgartenschau. Ein Drei- oder Vier-Jahres-Turnus wäre ausreichend. Andere Bundesländer gehen da mit gutem Beispiel voran. Unsere Landesregierung hingegen schafft Landesgartenschauen ab und setzt stattdessen den Schwerpunkt auf die REGIONALEN, eine von den Grünen vorangetriebene Neuerung. Diese konnten allerdings aufgrund ihrer Dezentralität nicht den erhofften Erfolg verzeichnen. Darüber hinaus stehen die REGIONALEN in Konkurrenz zur Landschaftsplanung, so dass ich den Bedarf für die REGIONALEN nicht ganz erkennen kann.

Priggen: Landesgartenschauen sind ein strukturelles Instrument des Landes zur Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Stadtentwicklung, insbesondere im Bereich der Grün- und Freiflächen. Sie tragen zur Standortsicherung in den einzelnen Kommunen bei, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch unter kulturellen und sozialen Aspekten. Sie bieten außerdem Landschaftsarchitekten und Gärtnern ein Forum zur kreativen Gestaltung und Entwicklung. Auch unter Freizeitaspekten sind Landesgartenschauen positiv zu bewerten. So können beispielsweise neue Naherholungsgebiete gewonnen werden, die auch nach der jeweiligen Landesgartenschau für die Bevölkerung nutzbar bleiben.

Wie haben sich die Landesgartenschauen in den vergangenen 20 Jahren verändert und welche Rolle hat der Landwirtschaftsausschuss dabei gespielt?

Dr. Scholz: In den letzten zwanzig Jahren hat es einen Wandel gegeben. Landesgartenschauen sind nicht mehr nur die klassischen „Blümchenschauen“. Aspekte wie Stadtentwicklung, Modernisierung und Präsentation eines Wirtschaftszweiges haben eine stärkere Gewichtung bekommen. In der Vergangenheit haben sich jedoch insbesondere die Gartenschauen mit Park-Charakter bewährt. Wichtig für konstante Besucherzahlen ist zudem eine

langfristige Familienorientiertheit. Neben der Blumenausstellung spielen Freizeit-Angebote eine ganz wichtige Rolle. Der Maxi-Park in Hamm lebt davon, dass gerade in diesem Bereich viel investiert wird. Auf diese Aspekte der Nachhaltigkeit sollte der Ausschuss künftig verstärkt sein Augenmerk richten.

Uhlenberg: Auf die Vorbereitung der Landesgartenschauen kann der Ausschuss nur sehr begrenzt Einfluss nehmen. Das ist schon Sache der Verbände, die die Landesgartenschau durchführen. In all den Jahren stand der Ausschuss aber immer in engem Kontakt mit den beteiligten Berufsgruppen. Auch wenn es erfolgreiche und weniger erfolgreiche Landesgartenschauen gab, so herrschte stets Einigkeit bei allen Fraktionen des Landtags, dass wir an den Landesgartenschauen festhalten sollten. Umso mehr hat es mich überrascht, dass die Landesregierung plötzlich den Vorschlag gemacht hat, künftig darauf zu verzichten. Der Ausschuss hat diese Entscheidung schließlich abgesegnet, allerdings gegen die Stimmen meiner Fraktion.

Becker: Der Landwirtschaftsausschuss kann bislang eigentlich nur Einfluss auf die finanziellen Rahmenbedingungen der Landesgartenschauen nehmen. Ich könnte mir aber durchaus vorstellen, dass man den Einfluss auch auf inhaltliche Dinge ausweitet. Wir beobachten ja einen Wandel weg von der „Blümchenschau“ hin zu mehr städteplanerischen Funktionen der Landesgartenschauen. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, dass die so genannten „Blümchenschauen“ immer ein großer Publikumsmagnet waren, wie beispielsweise die Landesgartenschau in Gronau gezeigt hat.

Priggen: Da ich erst seit 2000 Mitglied des Landtags bin, kann ich die Entwicklung der letzten 20 Jahre nicht aus eigener Erfahrung beurteilen. Ich höre allerdings, dass es positive Änderungen in der inhaltlichen Ausrichtung gegeben hat. Insbesondere ab Mitte der 1990er Jahre flossen zunehmend Kriterien der Nachhaltigkeit, ökologisch wie stadtplanerisch, in die LaGa-Konzeptionen ein. Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine werden inzwischen stärker einbezogen und mit deren Beteiligung Einrichtungen geschaffen, die auch über den Zeitraum der Landesgarten-

schau hinaus von soziokulturellem Nutzen vor Ort sind.

Wie sieht die Zukunft der Landesgartenschauen aus und welche neuen Modelle der Finanzierung gibt es?

Dr. Scholz: Nach derzeitiger Beschlusslage ist die diesjährige Landesgartenschau die letzte. Die SPD-Fraktion hat darauf reagiert und ein Workshop-Verfahren auf den Weg gebracht, um mit Hilfe von Sachverständigen mögliche Fortentwicklungen und Finanzierungsmodelle für Landesgartenschauen zu erarbeiten. Im Zentrum stand dabei die Überlegung, wie sich über die Landesmittel hinaus Dritt- mittel akquirieren lassen. So käme beispielsweise eine Förderung durch Stiftungen oder eine Zusatzfinanzierung durch Sponsoring-Modelle in Betracht. Ich bin zuversichtlich, dass Landesgartenschauen in NRW in einem dreijährigen Rhythmus eine Zukunft haben werden.

Hierfür wird sich die SPD-Fraktion in den kommenden Etatberatungen einsetzen und es gibt auch positive Signale seitens der übrigen Fraktionen.

Uhlenberg: Ich bin mir darüber im Klaren, dass angesichts 110 Milliarden Euro Schulden, die wir im nächsten Jahr erreichen werden, die landespolitischen Möglichkeiten in finanzieller Hinsicht begrenzt sind. Daher ist es notwendig, privates Kapital stärker einzufordern, als das in früheren Jahren der Fall war. Darüber hinaus müssen Landesgartenschauen

so organisiert werden, dass sie nach Beendigung auch für Kommunen handhabbar sind und die Folgekosten sich in Grenzen halten. Hierzu gibt es gute Modelle in NRW, wie beispielsweise die Landesgartenschau in Oelde gezeigt hat.

Becker: Wir wollen natürlich an den Landesgartenschauen festhalten. Wichtig wäre aus meiner Sicht die Umkehr bei der Schwerpunktsetzung im Haushaltsplan. Wir würden die Mittel für die REGIONALEN kürzen um daraus Mittel für die Landesgartenschauen zu gewinnen. Als weitere Finanzierungsmöglichkeit kämen darüber hinaus Sponsoring-Modelle in Frage. Im Ruhrgebiet beispielsweise haben wir massenhaft Brachflächen, die einer zukunftssicheren Nutzung zugeführt werden könnten. Hier gibt es Möglichkeiten für alternative Finanzierungskonzepte, die aus meiner Sicht sogar so weit gehen könnten, dass wir Mittel aus der Eingriffs-Ausgleichs-Regelung des Landschaftsgesetzes auch da mit hineinfließen lassen.

Priggen: Nach den inzwischen vorliegenden Ergebnissen eines vom Landtag initiierten und im Juni 2004 durchgeführten Experten-Workshops wird eine Fortführung der Landesgartenschauen, nach einer Pause bis einschließlich 2007, befürwortet. Vorausgesetzt, die allgemeine Haushaltslage lässt es zu, schließe ich mich diesem Votum an. Bei der künftigen Finanzierung sollte an der Grundfinanzierung des Investitionshaushaltes so wie der Priorisierung der komplementären Förderprogramme des Landes festgehalten werden. Es wäre zu prüfen, ob Einsparungen gegebenenfalls über eine Turnusverlängerung in der zeitlichen Abfolge der einzelnen Landesgartenschauen erfolgen können. Außerdem ist es notwendig, zur Entlastung der öffentlichen Kassen von Land und Kommunen alle Möglichkeiten zur Einwerbung von privaten Drittmitteln zu nutzen.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.



Felix Becker (FDP)



Reiner Priggen (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Aufklärung in der LEG-Affäre

Korruption und Insidergeschäfte kommen im Ausschuss zur Sprache

Büros wurden durchsucht. Leitende Angestellte fristlos entlassen oder beurlaubt. Die Beschäftigten sind verunsichert. Die Mieter wissen nicht, was auf sie zukommt. Die LEG (Landesentwicklungsgesellschaft) ist in schweres Fahrwasser geraten. Und damit auch die Verantwortlichen, die den Auftrag haben, diese landeseigene Gesellschaft mit ihren 105.000 Wohnungen (die meisten mit Sozialbindung) zu kontrollieren.

In einer Sondersitzung versuchte der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen unter seinem Vorsitzenden Wolfgang Röken (SPD), Licht ins Dunkel zu bringen. „Ausweitung der Korruptionsaffäre bei der LEG NRW GmbH“ stand auf Antrag der CDU-Fraktion auf der Tagesordnung.

Die Union ließ durch ihren Sprecher Bernd Schulte keinen Zweifel daran, dass sie in der Sache einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragt hätte. Leider gehe das jetzt, kurz vor Landtagswahl, nicht mehr. Schulte vermutete, der Minister sei schon im November vergangenen Jahres informiert gewesen.



Standen den Abgeordneten Rede und Antwort: Minister Vesper (r.) und sein Staatssekretär Morgenstern (l.).
Foto: Schälte

Das wies Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) zurück. Er sei im Dezember vergangenen Jahres mündlich durch Staatssekretär Morgenstern, zugleich LEG-Aufsichtsratsvorsitzender, über erste Erkenntnisse informiert worden. Morgenstern bestätigte das: Ungefähr Mitte Dezember habe er dem Minister erklärt, dass man vermutlich von leitenden Mitarbeitern der LEG sich trennen müsse. Es könne also von „Vertuschung“ keine Rede sein, so Vesper.

Es geht bei den Vorfällen, in denen die Staatsanwaltschaft ermittelt, zum einen um Korruption in Zusammenhang mit hohen Abwassergebührenrechnungen der Stadt Krefeld und zum anderen um den Verdacht von Insidergeschäften. Die LEG-interne Revision sei Transaktionen auf die Spur gekommen, bei denen LEG-Verantwortliche von Verkäufen von LEG-Wohnungen an Firmen profitiert haben sollen, an denen sie selbst beteiligt waren. Wie hoch der entstandene Schaden sei, wie Karl Peter Brendel (FDP) wissen wollte, könne noch nicht gesagt werden.

Auf einen anderen möglichen Schaden machte Dieter Hilser (SPD) aufmerksam. Bei der Diskussion sollte darauf geachtet werden, dass unerwünschte Auswirkungen auf die Mieter und die Beschäftigten der LEG vermieden werden. Es sei aber nötig, die Gesellschaft auf Strukturen abzuklopfen, die solche Entwicklungen nicht verhindert hätten. Das sei entscheidender als die Debatte darüber, „wer noch persönliche Konsequenzen ziehen müsste“.

Dr. Thomas Rommelspacher von den Grünen wies die Vorwürfe gegen Morgenstern zurück: Die Schilderung der Ereignisse und Maßnahmen zeige doch gerade, dass „von Anfang an, intensiv und mit großer Härte“ untersucht worden sei. Da die Vorwürfe gegen den Staatssekretär gescheitert seien, werde jetzt von der CDU versucht, in Richtung Minister „umzusatteln“.

JK

„Kein Widerspruch zum Atomausstieg“

Debatte über die Erweiterung der Urananreicherungsanlage Gronau

Der von Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) Mitte Februar genehmigte Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau ist nicht nur bei Umweltschützern auf Protest gestoßen. Auch Teile der NRW-Grünen fühlen sich übergangen und drohen mit Klage. Sowohl Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) als auch Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) bezogen im Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) Stellung.

Der Minister erklärte, er sei „nach Recht und Gesetz“ dazu verpflichtet gewesen, die Genehmigung für den „Endausbau“ der bislang „nur im Teilausbau“ be-

triebenen Anlage in Gronau zu erteilen. Es handele sich dabei um eine energiepolitische Entscheidung der Landesregierung, der ein mehrjähriges Genehmigungsverfahren vorausgegangen sei. Den Vorwurf, die Landesregierung habe sich mit der Entscheidung für den Ausbau der Uran-Anreicherungsanlage von ihrer Atomausstiegspolitik verabschiedet, wies er indes entschieden zurück. „Wir halten am Ausstieg aus der Atomenergie fest“, so Horstmann. Das Atomausstiegsgesetz beziehe sich auf die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke. Es werde von dem Ausbau der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage in keiner Weise verletzt.

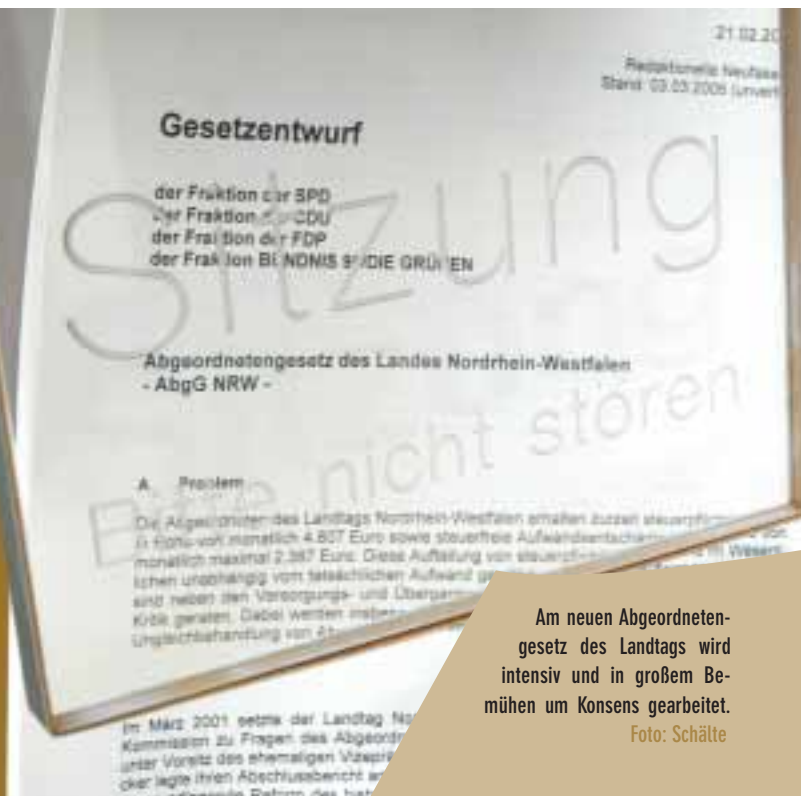
Ministerin Höhn äußerte sich zu dem Sachverhalt deutlich zurückhaltender. Sie dementierte Presseberichte, nach denen sie gegen die Entscheidung Klage einreichen wolle: „Ich werde nicht klagen, weder als Privatperson noch in meiner Funktion als Umweltministerin.“ Gleichzeitig zeigte sie jedoch Verständnis dafür, dass die Entscheidung des Energieministeriums für Irritationen Sorge. Sie bestätigte, dass der Landesverband der Grünen Klagebereitschaft signalisiert habe. Auch die Landtagsfraktion behalte sich eine „juristische Prüfung“ des Sachverhalts vor, erklärte Rüdiger Sagel (GRÜNE).

ax

Der Abgeordnete – wie gläsern soll er sein?

Anhörung zu den Nebeneinkünften im Hauptausschuss

Der gläserne Abgeordnete – die Öffentlichkeit wünscht ihn, die Medien fordern ihn, manche Parlamentarier schrecken die Vorstellung nicht: „Ich habe nichts dagegen, als Mandatsträger meine Steuererklärung zu veröffentlichen“, sagte der SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Hauptausschusses, Edgar Moron mit einem milden Seitenblick auf den zur Anhörung versammelten Sachverständigen. Einen Atemzug später fuhr er fort: „Aber dann sollten das auch Manager, Chefredakteure und Professoren tun.“



Am neuen Abgeordnetengesetz des Landtags wird intensiv und in großem Bemühen um Konsens gearbeitet.

Foto: Schälte

Sechs Professoren, ein Transparenzverfechter und eine Sprecherin des Datenschutzes saßen in dieser Anhörung des Hauptausschusses, um den Abgeordneten zu raten, wie sie am besten ihre eigene Unabhängigkeit sichern. Die vielfältigen Meinungen der Experten ergaben kein einheitliches Bild. So blieb es dabei, dass auch die Fraktionen auf ihren unterschiedlichen Auffassungen beharrten. Also wird am 17. März das Plenum darüber in Zusammenhang mit der Lesung des Abgeordnetengesetzes zu entscheiden haben.

Transparenz ja, aber wie viel? Salomonisch die Antwort der Sprecherin der nordrhein-westfälischen Datenschützerin. Aus der Sicht des Datenschutzes gingen beide Gesetzentwürfe, der von SPD, CDU und FDP und der der GRÜNEN, in Ordnung. Die Parlamentarier wüssten selber am besten, wie viel Transparenz sie sich zumuten könnten. Transparency International, die „Koalition gegen Korruption“, neigte der

grünen Sichtweise zu: Eine umfassende Veröffentlichung schütze am ehesten vor Korruption und schrecke ab.

Dazu gab es unter den Vertretern der Wissenschaft eine Gegenmeinung. Die Veröffentlichung tangiere nicht nur die informationelle Selbstbestimmung, sondern auch die Freiheit des Mandats: Ohne tatsächlich begründete Anhaltspunkte dürfe es keine Kontrollbefugnisse Dritter geben. Ein anderer meinte, eine zu weit gehende Auskunftspflicht könnte bestimmte Berufsgruppen vom Eintritt ins Parlament abhalten und gefährde damit den Repräsentationsgedanken der parlamentarischen Demokratie.

Eine andere Frage: Soll es bei der Veröffentlichung Unterschiede unter Abgeordneten geben? Was ist mit Rechtsanwälten, die sich weigern, ihre Einkünfte zu erklären, weil daraus auf ihre Mandanten geschlossen werden könnte? Auch andere Freiberufler wie Ärzte und

Unabhängigkeit

Der Abgeordnete ist vom Wahlvolk gewählt. Er hat den Auftrag („Mandat“), eben dieses Volk zu vertreten. Das soll er nach dem Willen des Grundgesetzes frei, unabhängig, nur seinem Gewissen gegenüber verpflichtet zum Nutzen des Gemeinwohls tun.

In der Regel gehört ein Abgeordneter einer Partei an. Tritt er aus dieser Partei aus, dann verliert er nicht sein Mandat – obwohl es immer wieder Forderungen bei solchen Gelegenheiten gibt, das Mandat, das er schließlich seiner Partei verdanke, zurückzugeben.

Diese Unabhängigkeit ist ein hohes Gut. Sie stärkt das Vertrauensverhältnis zwischen Wähler und Parlamentarier. Gibt es berechtigte Zweifel an der Unabhängigkeit, kann dieses Vertrauensverhältnis nachhaltig gestört werden.

Nebentätigkeit

Schon heute ist jeder Landtagsabgeordnete verpflichtet, berufliche und außerberufliche Tätigkeiten und Einkünfte gegenüber dem Landtagspräsidenten zu melden. Diese Angaben werden dann in ein Verzeichnis aufgenommen. Das Verfahren beruht auf einer Vorschrift der Geschäftsordnung des Landtags. Es trägt der Tatsache Rechnung, dass in NRW die Tätigkeit eines Abgeordneten ein Full-Time-Job ist, dem die ganze Zeit und Kraft zu widmen sind. Bestimmte Nebentätigkeiten können die Unabhängigkeit eines Abgeordneten in Frage stellen. Nämlich dann, wenn sie von interessierter Stelle

gezahlt werden, um damit Einfluss auf parlamentarische Entscheidungen zu nehmen, oder wenn sie vom Abgeordneten schlichtweg verschwiegen werden. Das schadet, wenn es herauskommt, nicht nur dem betroffenen Abgeordneten, sondern kann auch das gesamte parlamentarische System in Mitleidenschaft ziehen.

Der Landtag NRW will darum Nägel mit Köpfen machen: Ins neue Abgeordnetengesetz sollen Vorschriften über Nebentätigkeiten aufgenommen werden. Sie werden damit von der Ebene der Geschäftsordnung in Gesetzesrang erhoben.

Steuerberater könnten sich zu derselben Verschwiegenheit veranlasst sehen. Bei diesem Punkt herrschte die Meinung vor, dass es Abgeordnete zweierlei Rechts nicht geben dürfe.

Aber vermutlich auch nicht den „gläsernen“ Abgeordneten, der sei nicht so sinnvoll wie ein regelmäßig erscheinender „Politikfinanzierungsbericht“. Ein Teil der Wissenschaftler meinte zwar, so viel Transparenz wie möglich stärke das Vertrauen der Bürger in die Abgeordneten. Andere sahen darin aber eine Gefahr für die Grundrechte der Abgeordneten, verwiesen auf das Steuergeheimnis, das man für Abgeordnete nicht einfach außer Kraft setzen könne oder stufen die Angelegenheit herunter zu einer „Sache der parlamentarischen Disziplin“. JK

Kinder dürfen kosten!

Der offene Ganzttag zwischen „Weihnachtswunsch“ und „Mogelpackung“

Sie ist die Antwort von SPD und GRÜNEN auf die nicht erst seit PISA währende Debatte um die Zukunft der staatlichen Bildungseinrichtungen: Die offene Ganzttagsschule, kurz OGS genannt. Die Opposition befürchtet ein Zusammenbrechen der bewährten Strukturen wie beispielsweise der Horte. Der Antrag der FDP-Fraktion „Qualitätsorientierter Neustart statt Monopolzwang – Offensive für individuelle Förderung und verlässliche Betreuung von Schulkindern am Nachmittag“ (Drs. 13/6021) beschäftigte den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) in einer Expertenanhörung.

Der offene Ganzttag verspricht nicht nur mehr Chancengleichheit für die Lernenden, sondern soll auch ermöglichen, dass berufstätige Eltern ihre Kinder nicht nur vormittags in der Schule gut aufgehoben wissen können.

Karin Beher von der Universität Dortmund und Gabriele Nordt vom Sozialpädagogischen Institut kamen in einer Vorstudie zu dem Ergebnis, dass 62 Prozent der Eltern mit der offenen Ganzttagsschule insgesamt zufrieden seien. Jedoch bestehe Bedarf nach mehr qualifiziertem Personal.

Thomas Assmann vom paritätischen Wohlfahrtsverband stellte die Soester OGS vor, deren Angebot die große Nachfrage kaum decken könne. „Die Kinder wünschen sich eine Stunde mehr offenen Ganzttag zu Weihnachten“, so Assmann.

FÖRDERUNG

Kritik kam von Heinz-Josef Kessmann, Sprecher des Arbeitskreises „Tageseinrichtungen für Kinder“ der freien Wohlfahrtspflege NRW. „Nach Willen der Landesregierung soll die OGS bald die einzige Form der Ganztagsbetreuung der Sechs- bis Zwölfjährigen sein. Dadurch werden die Angebote und Vorzüge des Hortes eliminiert, in denen besonders verhal-

tensauffällige Jugendliche oder Kinder aus Problemstadtteilen besser aufgehoben wären!“

„Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft eine große Lücke“, schloss sich Gerhard Stranz von der Internationalen Vereinigung der Waldorfkindergärten e.V. an. Das Parlament bekomme nur ausgewählte wissenschaftliche Untersuchungen präsentiert, welche die Unzulänglichkeiten in der Praxis nicht deutlich machen.

„Die OGS hat das Wohl der Kinder nur unzureichend im Blick“, setze Sibrand Foerster von der Evangelischen Kirche im Rheinland den Reigen der Kritiker fort. Der offene Ganzttag biete zuwenig Raum für individuelle Förderung. „Es bleiben Kinder auf der Strecke und geraten unter bildungspolitische Räder.“

Sabine Lukas vom Familiendezernat Bonn hingegen hatte Positives zu berichten. „Der Vorteil der offenen Ganzttagsschule ist, dass mit den außerunterrichtlichen Angeboten alle Schülerinnen und Schüler erreicht werden“, so Lukas. Probleme sah sie bei der Verknüpfung von Vor- und Nachmittag. „Schule und Jugendhilfe sind verschiedene Systeme mit unterschiedlichen Kostenträgern, deswegen ist die Verzahnung schwierig.“

Durch die OGS verringere sich die Zahl der Sonderschulzuweisungen, betonte Dr. Fritz Pellander, Leiter der Erziehungsberatungsstelle der AWO in Düsseldorf-Eller.

Für Bettina Dahm, Vorsitzende des Elternvereins einer Kölner Schule, war die offene Ganzttagsschule eine „Mogelpackung“. „Warum werden funktionierende Betreuungsstrukturen für ein miserables und schlecht erprobtes System aufgegeben?“ fragte sich die Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern. Durch die Kürzungen im Landeshaushalt stünden Horte vor dem Aus. „Stellen Sie mehr Mittel zur Verfügung“, appellierte sie. „Unsere Kinder kosten etwas, und das soll auch so sein!“

„Ich stelle fest, dass die Kritik an der OGS meist von denen kommt, die von der Praxis am weitesten entfernt sind. Wer hingegen konkrete Erfahrungen mit dem Modell hat, äußert sich positiv“, sah Bernd Flessenkemper (SPD) die Politik der Koalition bestätigt.

Ute Koczcy (GRÜNE) äußerte sich optimistisch, dass durch den bewusst offen gelassenen gesetzlichen Spielraum bei der konkreten Ausgestaltung der Schule vor Ort ein produktiver Wettbewerb stattfinde.

ELTERNBEITRÄGE

„Ideenwettbewerb ist gut und schön, aber brauchen wir nicht wenigstens qualitative Vorgaben, um den Wettbewerb zu begrenzen und zu fördern?“ sprach sich Christian Lindner (FDP) für verbindliche Gesetze aus.

Bernhard Tenhumberg (CDU) wollte wissen, wie hoch jeweils die erhobenen Gebühren an den in der Expertenrunde vertretenen Schulen seien. „Die Elternbeiträge sind bei uns nach Einkommen von null bis hundert Euro gestaffelt. Im Schnitt zahlen die Eltern pro Kind 35 Euro. Hinzu kommen 50 Euro für die verbindliche Teilnahme am Mittagessen“, war die Antwort von Thomas Assmann. YV

Pflege ist beherrschendes Thema in einer alternden

Gesellschaft. Jetzt hat die Enquetekommission „Situation und Zukunft der

Pflege in NRW“ nach fast dreijähriger Arbeit ihren Abschlussbericht

vorgelegt und an Landtagspräsident Ulrich Schmidt übergeben. Bei der

Vorstellung des Berichts vor der Presse betonte die Vorsitzende der Kom-

mission, die CDU-Abgeordnete Angelika Gemkow (Z.v.l.), der 580-seitige

Bericht enthalte 161 Handlungsempfehlungen an Politik und Gesellschaft.

Allein in NRW gebe es zwei Millionen Menschen, die entweder gepflegt

werden müssten oder die im Pflegebereich arbeiteten. Das stelle das

Land vor eine immense Herausforderung. – Unser Bild zeigt von links

Ralf Jäger (SPD), Angelika Gemkow, Rudolf Henke (beide CDU), Barbara

Steffens (GRÜNE) und Dr. Jana Pavlík (FDP).

Foto: Schälte

Mädchen vor Zwangsheirat schützen

Experten-Anhörung im Ausschuss für Frauenpolitik

Ehre, gesellschaftliches Ansehen, Sicherung der wirtschaftlichen Existenz als Ursachen für eine Hochzeit – Zwangsheirat, ein Relikt der Vergangenheit? Grausame Schicksale von Mädchen, die sich weigern, einen Mann zu heiraten, der von ihrer Familie ausgesucht wurde, gibt es auch in Deutschland. Die Folgen: Flucht, Verfolgung, Morddrohungen. Aber wie sieht die Situation tatsächlich aus? Welche Hilfsangebote gibt es und wie kann der Schutz für Mädchen und junge Frauen verbessert werden? Antworten und Anregungen gaben Experten aus Kriseneinrichtungen und Zufluchtsstätten, aus Wissenschaft und Politik in einer Anhörung im Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitz Inge Howe, SPD).

Der Fall eines 22-jährigen Griechen, der mit seiner elfjährigen Ehefrau in Düsseldorf zusammenlebte, sorgte für Schlagzeilen. Ein Einzelfall? Die CDU meint Nein und beruft sich in ihrem Antrag (Drs. 13/6120) auf Schätzungen, die von bundesweit 30.000 Zwangsehen ausgehen. In der Anhörung wurde diese Zahl als „völlig unrealistisch“ zurückgewiesen. SPD und GRÜNE rechnen jedoch damit (Drs. 13/6196), dass „weder für Deutschland noch für NRW gesicherte Zahlen vorliegen“. Es gebe aber Hinweise, dass auch in NRW eine hohe Zahl junger Frauen mit Migrationshintergrund betroffen sein könnte. Nach überwiegender Meinung der Experten ist eine wissenschaftliche Untersuchung dringend erforderlich – statt Vermutungen müssten Fakten auf den Tisch. Die FDP forderte eine Ausweitung von Aufklärungsarbeit und Hilfsangeboten (Drs. 13/6205).

Auch Professor Dr. Ursula Boos-Nünning (Universität Duisburg-Essen) sah akuten Aufklärungsbedarf: Für das Verständnis des Themas spiele die Unterscheidung von Zwangsheirat und arrangierter Ehe eine wichtige Rolle. Sie appellierte an alle Parteien, diese Differenzierung zu berücksichtigen. Ziel arrangierter Eheanbahnungen bestehe darin, Glück und Stabilität einer Ehe dadurch zu sichern, dass man gemeinsam in der Familie prüft, ob die Voraussetzungen für das Gelingen günstig sind, erklärte Professor Dr. Gaby Straßburger (Katholische Hochschule für

Sozialwesen Berlin). Im Gegensatz dazu würden bei Zwangsehen familiäre Machtverhältnisse genutzt, um eine Heirat zu erzwingen. Der Zwang zur Ehe sei eindeutig eine Verletzung der Menschenrechte und ein Verstoß gegen das Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen.

Einige waren sich Fraktionen und Experten darüber, dass gehandelt werden muss. Eine Möglichkeit wäre, die Gesetzesinitiative Baden-Württembergs zur Bekämpfung der Zwangsheirat zu unterstützen. Der Gesetzentwurf Baden-Württembergs befindet sich momentan zur Beratung beim Bundesrat. Die NRW-Landesregierung könnte durch einen Änderungsantrag in das Gesetzgebungsverfahren eingreifen.

Hintergrund: Am 28. Oktober 2004 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Strafrechtsänderungsgesetz. Darin wird Zwangsheirat als besonders schwerer Fall der Nötigung eingestuft, aber nicht als eigener Straftatbestand benannt. Dem Land Baden-Württemberg geht das nicht weit genug. Durch einen Gesetzentwurf, der im Herbst 2004 in den

Bundesrat eingebracht wurde, soll Zwangsheirat wirksamer bekämpft werden. Baden-Württemberg wünscht sich Unterstützung aus anderen Bundesländern. Deshalb stellte Dr. Torsten Brand (Justizministerium Baden-Württemberg) die Gesetzesinitiative vor. Die Eckpunkte: Zwangsheirat als Straftatbestand, Erfassung von Heiratshandel und Heiratsverschleppung, Bestrafung in Deutschland, auch wenn die Tat im Ausland begangen wurde.

Einige der Experten begrüßten, dass mit der Gesetzesinitiative Zwangsheirat explizit unter Strafe gestellt wird, andere waren skeptisch. Werden die Mädchen auf diese Weise besser geschützt oder hält eine Einstufung der Zwangsheirat als Straftatbestand die Betroffenen ab, Hilfe zu suchen? Haben minderjährige Mädchen den Mut, ihre Familie anzuzeigen? „Die Mädchen werden sich zehnmal überlegen, ob sie Hilfe holen, denn damit bringen sie ihre Familie vor Gericht“, so Rahel Volz (Terre des Femmes). „Prävention hat Vorrang vor Strafe“, forderte Eva Kultus, Leiterin der Berliner Kriseneinrichtung Papatya in einer schriftlichen Stellungnahme an den Ausschuss. Hilfe dürfe nicht an eine Anzeige gekoppelt werden.

Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit – vor allem in der Schule und in Integrationskursen, schnelle und unbürokratische Hilfe, effektive Zusammenarbeit aller Institutionen und Behörden – aus Sicht aller Experten erste und wichtige Schritte der Unterstützung. va



Ihre umstrittenen Äußerungen zur Zwangsprostitution im Zusammenhang mit der Visa-Affäre konnte Ministerin Bärbel Höhn (L) in einer Aktuellen Viertelstunde des Frauenausschusses und vor der Kamera erläutern.

Foto: Schälte

Rote Karte für illegale Wettbüros

Bericht über Glücksspielmarkt in NRW

Das Spiel mit dem Glück ist lukrativ. Immer mehr illegale Wettanbieter entdecken Deutschland als profitablen Glücksspielmarkt. Allein in NRW locken etwa 250 illegale Wettbüros mit dem angeblich schnellen Geld. Justitiar Hubert Sicking und Albert Haarmann (Leiter des Referats Sportwetten) von der Westdeutschen Lotterie GmbH berichteten im Sportausschuss (Vorsitz Gisela Hinnemann, CDU) über die Situation der Sportwetten in NRW.

Spielesucht vorbeugen, Spielbetrieb überwachen – das ist der Grund für die staatliche Regulierung des Glücksspiels in Deutschland. Deshalb ist für solche Angebote eine Genehmigung notwendig. Die Vergabe der Erlaubnis ist Ländersache und erfolgt nur an staatseigene Unternehmen. Damit soll illegalen Anbietern die Rote Karte gezeigt werden. Doch das Spiel mit dem Glück führt in Versuchung: Im Internet wimmelte es nur so von schwarzen Schafen, erklärte Sicking. Mit aggressiver Werbung, schnellen Spielen und hohen Gewinnversprechen erobern Illegale den deutschen Markt. Mittlerweile könne fast jede Sekunde eine Wette abgeschlossen werden, so der Justitiar. Die Aussicht auf schnelles Geld reizt, sei aber nicht ungefährlich. „Die Internet-Angebote sind leicht zu manipulieren und fördern die Spielsucht“, warnte der Vertreter der Lotteriegesellschaft. Außerdem komme es vor, dass Gewinne nicht ausgezahlt werden.

Um den Spieltrieb zu steuern, führte die Westdeutsche Lotterie GmbH am 1. Februar 2000 die staatlich lizenzierte Sportwette Oddset ein. „Nach der Einführung erzielten wir gute Umsätze“, zog Sicking Bilanz. Die zunehmende Wettbewerbssituation führte dann allerdings – besonders 2003 – zu Umsatzrückgängen. Produktveränderungen wie die Einführung der Zweier-Kombi-Wette und die Reduzierung des Mindesteinsatzes sorgten 2004 für erneuten Zuwachs. Momentan hinterlässt die Wettzu-

rückhaltung nach der Aufdeckung des Schiedsrichterskandals Spuren: Der Umsatz der ersten drei Rückrunden-Wochenenden sank im Vergleich zum Vorjahr um 20,4 Prozent. Insgesamt erzielte die Westdeutsche Lotterie GmbH 2004 im Land einen Umsatz von 125,8 Millionen Euro. Von der Lotteriesteuer flossen 21 Millionen und von den Konzessionsabgaben 16,4 Millionen Euro in die Landeskasse. Mit der Konzessionsabgabe werden kulturelle, sportliche und karitative Projekte, wie die Sport- und Kunststiftung sowie Einrichtungen für Spielsüchtige, unterstützt.

Eine Gefahr für die grundsätzlich positive Entwicklung der Oddset-Wette sieht Sicking in den illegalen Angeboten. Ohne gültige Konzessionen hätten die Illegalen einen deutlichen Wettbewerbsvorteil. Auf dem deutschen Markt tummelten sich mittlerweile eine Vielzahl von Anbietern unter anderem aus Europa und der Karibik neben Inhabern umstrittener Gewerbe-

lizenzen der Ex-DDR. Der Markt sei unübersichtlich, so der Sprecher. Verwirrend sei auch die unterschiedliche Rechtsprechung der Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte. Das führe zu einer Verunsicherung der Ordnungsbehörden. Im Sommer wird eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Glücksspielwesen erwartet. Sicking hofft, dass Deutschland weiterhin den Mittelweg zwischen Totalverbot und völliger Liberalisierung

Lukrativ ist das Spiel mit dem Glück – über die Situation der Sportwetten in NRW und über die Konkurrenz der illegalen Wettbüros sprach der Sportausschuss mit Vertretern der Westdeutschen Lotterie GmbH. Auf dem Bild von rechts die Vorsitzende des Ausschusses, Gisela Hinnemann (CDU), in der Mitte Albert Haarmann, links Hubert Sicking vom der Westdeutschen Lotterie GmbH.

Foto: Schälte

wählen wird. In anderen europäischen Ländern, zum Beispiel Großbritannien, ist der Glücksspielmarkt durch freie Konkurrenz gekennzeichnet. **va**

Grundschulen in Bewegung

Pilotprojekt „Tägliche Sportstunde“

Spiel, Sport und Spaß auf dem täglichen Stundenplan – an 25 Grundschulen in NRW ist das seit diesem Schuljahr Realität. Professor Dr. Jörg Thiele (Universität Dortmund) informierte den Sportausschuss über den aktuellen Entwick-

lungsstand des Pilotprojekts „Tägliche Sportstunde an Grundschulen“ (Vorlage 13/3162). 69 Schulen bewarben sich für das Projekt, 25 wurden auserwählt. Für vier Jahre gehört eine „systematisch angelegte Bewegungszeit“ genauso wie Lesen, Schreiben, Rechnen zum Schulalltag. Ziele des Pilotprojekts, das vom Institut für Sport und Sportwissenschaft der Universität Dortmund wissenschaftlich begleitet wird: motorische, kognitive und psychoso-

ziale Förderung der Kinder. Untersucht werden zum Beispiel der Zusammenhang von Bewegung und Lernerfolg und die Auswirkung auf das Klassenklima. Erste positive Erfahrungen gibt es bereits: „Einige Lehrer berichten, dass die Kinder aufnahmefähiger geworden sind“, so Thiele. Wissenschaftliche Ergebnisse könnten allerdings erst nach motorischen Tests, Befragungen von Schülern, Lehrern und Eltern sowie Lernstandserhebungen präsentiert werden, betonte Thiele.

Instrumente der Sonderpädagogik

Experten beraten Details der Förderung von Kindern

Das neue Schulgesetz ist verabschiedet. Nun gilt es, die Inhalte in zahlreichen Verordnungen für den Alltag an Nordrhein-Westfalens Schulen umzusetzen. Wie das für die sonderpädagogische Förderung, den Hausunterricht und die Schule für Kranke künftig aussehen kann, steht in der Vorlage 13/3197 der Landesregierung. Vor einer Entscheidung diskutierte der Ausschuss für Schule und Weiterbildung Anfang März deren Details mit externen Experten.

Generell stellten alle Fachleute der neuen Verordnung ein gutes Zeugnis aus, auch wenn kaum jemand so ganz zufrieden war. „Aber eine Verordnung ist dem Gesetz nachgeordnet, insofern ist es müßig, an dieser Stelle über Generelles zu diskutieren“, verwies Werner Behrendt von der Bezirksregierung Münster auf den eingeschränkten Einfluss von Verordnung und Diskussion. Auch wenn der Schulaufsichtsbeamte an zahlreichen Details Verbesserungen anzu bringen hatte, sah er in dem Gesamtwerk jedoch „ein Dokument, mit dem ich arbeiten kann, ohne in Konflikt mit meiner fachlichen Überzeugung zu kommen“.

Vor eine Gefährdung zahlreicher Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen warnte Wolfgang Franz vom Verband für Sonderpädagogik e.V. Dies drohe, wenn die Schulaufsicht dem jeweiligen Schulschwerpunkt Hören, Sehen, Sprache den Förderschwerpunkt Lernen einfach zuordne. „Gerade im ländlichen Bereich war die Schule für Lernbehinderte immer schon die Schule für Kinder und Jugendliche mit vielfältigen Problemen“, sprang ihm Professor Dr. Franz Wember

von der Universität Dortmund zur Seite. Seine Lösung: Ein flächendeckendes Netz sonderpädagogischer Kompetenzzentren einrichten und dabei ausgesuchte, bereits bestehende Schulen nutzen. Dabei könnte man die Förderschulen zu Verbundschulen weiterentwickeln.

Schlicht vergessen, so der Eindruck der Fachleute, habe man an einigen wesentlichen Stellen autistische Kinder. Und auch im Bereich des Berufskollegs sahen sie im Detail noch Nachbesserungsbedarf.

Großes Thema war auch die Situation in den Grundschulen, insbesondere in der flexiblen Schuleingangsphase. Einig waren sich die Experten, dass es hier möglichst früh ebenfalls eine sonderpädagogische Förderung geben müsse. „Aber das kostet Geld“, so Sonderschulleiter Martin Lohrie. Er warnte vor einer wachsenden Zahl an „Sonderschülern aufgrund von Lebensum-

Wesel zu beweisen. „Nach 15 Jahren Entwicklungsarbeit werden heute im Kreis Wesel 25 Prozent aller Kinder mit Behinderungen an allgemeinbildenden Schulen gefördert.“ Das sei ein Appell, die Institution Förderschule so zu gestalten, dass sie nicht zur Sackgasse werde, verwies sie unter anderem auf Probleme im Zusammenhang mit Englisch an der Grundschule. Konkret arbeiten derzeit 105 Sonderpädagogen im Kreis Wesel nach einem komplizierten Abordnungsverfahren in beiden Systemen – der Sonder- und der allgemeinbildenden Schule. Das haushaltsmäßig vorgeschriebene zweigleisige System sei demnach „weder fachlich noch unter Ressourcengesichtspunkten wünschenswert“.

In die gleiche Richtung äußerte sich auch Karoline Pinkert von „Lernen fördern e.V.“. Sie plädierte unter anderem für mehr Flexibilität bei der Entscheidung, ob Kinder Noten bekommen: „Gerade Kinder ab Klasse fünf möchten sich auch außerschulisch ver-

gleichen“, sind für sie Noten ein Stück Normalität, ein Stück weniger gesellschaftliche Ausgrenzung.

Eine immer noch unzureichende Regelung machte Bernd Kochanek für die Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam

Leben Gemeinsam Lernen“ aus. Wenigstens sollten die Eltern

vor Eröffnung zur Feststellung des Förderbedarfes informiert werden, verpflichtend zu einem Gespräch während der Erstellung des Gutachtens eingeladen werden, und das Recht haben, eine Vertrauensperson hinzuzuziehen. Auch die Aushändigung des Gutachtens verstehe sich von selbst.

volk



Martin Lohrie
Prof. Gisela Lücke-Deckert
Kreis Wesel/Schulamt
Wolfr
Werner Berndt
Bezirksregierung Münster

Foto: Schälte

Vergabe der Namensschilder für die Anhörung – vorne von links die Experten Gisela Lücke-Deckert, Karoline Pinkert und Werner Berndt.

ständen“. Hier helfe nur das Einbinden weiterer Professionen in den Schulalltag und eine Verbesserung der so genannten Schüler-Lehrer-Relation.

Dass dies auch im gemeinsamen Unterricht funktionieren kann, suchte Gisela Lücke-Deckert vom Schulamt des Kreises

Oikocredit ist eine internationale Genossenschaft mit Sitz in den Niederlanden. Sie bietet mehr als 170 Mikrofinanzinstitutionen in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa eine langfristig verlässliche Finanzierungsquelle, mit über 30 Jahren Erfahrung. Insgesamt verfügt Oikocredit über ein Anteilskapital von 200 Millionen Euro. Aus Deutschland stammen 80 Millionen Euro von mehr als 23.000 Investoren, zum Beispiel von Privatpersonen, Unternehmen, Kirchen, Banken und Fairhandels- und Entwicklungsorganisationen. Das Besondere an dieser Form der Entwicklungshilfe ist, dass zusätzlich zu dem hohen sozialen Gewinn, Oikocredit den Investoren in der Vergangenheit eine regelmäßige Dividende von zwei Prozent auszahlen konnte.

Von besonderer Bedeutung seien Mikrokredite für Frauen. Der Großteil der Kredite würde gegenwärtig angesichts der dort vorhandenen genossenschaftlichen Strukturen in Südamerika vergeben. Kredite würden insbesondere für landwirtschaftliche Projekte (Vermarktung des Kaffees über den fairen Handel) gegeben.

Mit der Benennung des Jahres 2005 zum Internationalen Jahr der Mikrokredite wollen die Vereinten Nationen die Bedeutung der Mikrokredite bei der Armutsbeseitigung betonen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit

Kleine Darlehen mit großer Wirkung 2005 ist das UN-Jahr der Mikrokredite

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik hat über Armutsbekämpfung in Verbindung mit dem UN-Jahr der Mikrokredite diskutiert. Ulrike Chini von der Geschäftsstelle Westdeutscher Förderkreis e.V. von Oikocredit stellte die Arbeit ihrer Organisation dem Ausschuss vor.

auf die Mikrokredite lenken. Mikrokredite sind Kleinstkredite (zwischen 10 und 2.000 Euro, je nach Einsatzgebiet), die Menschen ermöglicht werden, die keine Sicherheiten bieten können. Chini betonte, dass Mikrokredite oftmals die einzige Chance für die Empfänger sind, da ihnen andere Geldinstitutionen Kredite aufgrund fehlender Sicherheiten verweigern.

Mikrokredite aus reichen Staaten sollen dem Menschen bei dem Aufbau einer Existenz helfen und die Erfahrung zeigt, so Ulrike Chini weiter, dass die Empfänger zusätzlich an Selbstvertrauen, Mut und Lebensfreude gewinnen – die „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist ein großer Vorteil der Mikrofinanzierung. Durch die Kredite können kleine, eigene Unternehmen geschaffen werden, die häufig einen Weg aus der Armut

bieten. Der Erfolg der Mikrokredite kann sich auch an der Rückzahlungsmoral messen lassen: sie liegt bei 98 Prozent. Vorsitzende Ute Koczky (GRÜNE) zeigte sich erstaunt angesichts dieser Rückzahlungsquote und begrüßte diesen Weg der Entwicklungshilfe. Der Ausschuss wertete übereinstimmend die Mikrokredite als nützliches Mittel, um wie von den UN angestrebt die Armut in der Welt zu halbieren.

Schließlich wies Ulrike Chini auf das Internationale Symposium zu Mikrokrediten am Freitag, 10. Juni 2005 in Bonn hin, wozu sie die Abgeordneten herzlich einlud. Dieses Symposium findet in Zusammenarbeit mit UN-Organisationen und möglicherweise unter Beteiligung des UN-Generalsekretärs Kofi Annan statt.



Digitales Überall-Fernsehen – selbst im Schatten des Kölner Doms herrscht kristallklarer Empfang des Wunschprogramms. Foto: WDR

Nahezu reibungslos sei der Umstieg auf DVB-T in der Region Düsseldorf/Ruhrgebiet verlaufen, erklärte Bareiß zufrieden. Zusammen mit der Region Köln/Bonn könnten ab dem 4. April etwa 14 Millionen Fernsehzuschauer in NRW zwischen 24 TV-Programmen (zwölf öffentlich-rechtliche und zwölf private Sender) in digitaler Qualität wählen.

Wer nach Abschaltung der analogen Sendesignale im Raum Düsseldorf und im Ruhrgebiet weiterhin über Antenne fernsehen möchte, benötigt ein DVB-T-Empfangsgerät. In NRW sind bis jetzt etwa 500.000 dieser Empfangsboxen verkauft worden. Durch die Digital-Technik werde das Antennenfernsehen wieder beliebter. Das zeige vor allem das große Interesse der Kunden: „Zwischen 40 und 50 Anrufe gehen täglich bei unserer Hotline ein“, berichtete Bareiß. Die Service-Hotline des Projektbüros beantwortet technische und inhaltliche Fragen der Verbraucher.

Ob weitere Gebiete NRW in den Genuss der Digitaltechnik kommen, steht noch nicht fest. Joachim Bareiß ist aber zuversichtlich: „Der Erfolg ermutigt uns, weiterzumachen“, betonte er. Der Raum Bielefeld/Paderborn/Minden sei ein sehr aussichtsreiches Projekt. Private Anbieter zeigten bereits großes Interesse. Bei der Region Münsterland/Aachen verhielten sich die privaten Sender allerdings zurückhaltender.

Digitales TV weiter auf dem Vormarsch Antennenfernsehen wieder angesagt: Projektbüro zieht Bilanz

Die Digital-Technik hält Einzug in die Wohnzimmer: Immer mehr Bürger in Nordrhein-Westfalen steigen auf das digitale Antennenfernsehen (DVB-T) um. Joachim Bareiß, Leiter des DVB-T-Projektbüros für NRW, zog jetzt im Medienausschuss (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) Bilanz.

Keine Alternative zur Integration

Landesregierung berichtet über Situation von Zuwanderern

Wie sich Zuwanderer wirtschaftlich, kulturell und sozial in unsere Gesellschaft integrieren, soll auf Grundlage der 1994 eingeführten Zuwanderungs- und Sozialberichterstattung in NRW festgestellt werden. Die CDU forderte in der Sitzung des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) eine Zusammenfassung des dritten Zuwanderberichts der Landesregierung, um Entwicklungen in Sachen Integration zu verfolgen. Ministerialdirigent Ulrich Kinstner vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien legte dabei den Schwerpunkt auf die soziale und wirtschaftliche Situation sowie die Entwicklung der Zuwanderer in NRW zwischen 1996 und 2002.

Die „Zuwanderer sind ein Gewinn“ für die Wirtschaft in NRW, erklärte Ulrich Kinstner.

In allen Berufssparten arbeiteten qualifizierte Migranten und zahlen Steuern und Sozialabgaben. Ob als Besitzer eines Restaurants, Angestellter in einem Betrieb, Industriearbeiter oder Chef in einer Führungsetage: Zuwanderer arbeiteten mit daran, den „Wohlstand unserer Gesellschaft“ in NRW zu sichern.

Der Bericht zeige allerdings auch, dass Ausländer und Deutsche auf diese Wirtschaftszweige unterschiedlich stark verteilt sind. So ist fast jeder dritte Zuwanderer (34,2 Prozent) im „produzierenden Gewerbe“ – heißt in Industrie und Handwerk beschäftigt, während bei der deutschen Bevölkerung nur 25 Prozent der Erwerbstätigen im Industriebereich Arbeit findet.

QUALIFIKATION

In den Bereichen Erziehungs- und Sozialwesen, Gesundheit und öffentliche Verwaltung sieht es anders aus: Hier ist jeder vierte erwerbstätige Deutsche (26,1 Prozent) und nur jeder zehnte Zuwanderer (9,0 Prozent) beschäftigt.

Diese ungleiche Verteilung auf die Branchen in NRW löse bei vielen Zuwanderern Angst vor Ausgrenzung aus: Schlecht bezahlte Arbeitsstellen für Zuwanderer – attraktive, gut bezahlte Jobs für Deutsche? Dazu komme noch eine Arbeitslosenquote von 25,4 Prozent unter den Migranten. Die oft unzureichende schulische Ausbildung, Strukturwandel und Stellenabbau, der besonders in den ausländerstarken Branchen greift, gefährdeten die Integration der Zuwanderer.

Natürlich, so Kinstner, dürfe man nicht vernachlässigen, dass 30 Prozent der ausländischen Schulabgänger keinen Abschluss machten und daher Schwierigkeiten hätten, in besser bezahlte Berufe weitervermittelt zu werden. So arbeiteten ausländische Jugendliche meist in Berufen mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigem Lohn. Darauf wies auch der Abgeordnete Michael-Ezzo Solf (CDU) hin, der in dem Bericht die ausführliche Behandlung der Schul- und Bildungsdefizite bei jugendlichen Zuwanderern vermisste.

Der Sprecher des Ministeriums betonte, dass man sich auf die sozial-wirtschaftliche Situation der Zuwanderer beschränken wolle. Es gebe durchaus auch Erfolge bei der Integration

der Zuwanderer zu verbuchen: Besonders hoch sei die Quote der Zuwanderer, die sich als Betreiber eines Restaurants oder Cafés selbstständig gemacht hätten. Die Selbstständigquote erreiche bei den Zuwanderern 7,8 Prozent und stehe so nur noch knapp unter der deutschen Quote mit neun Prozent. Diese Situation lasse auf einen zukünftigen, erfolgreichen Wettbewerb zwischen Zuwanderern und Deutschen hoffen.

Der Bericht zeigt auch, dass immer mehr ausländische Familien und junge Zuwanderer in Wohneigentum investieren. Ein eigenes Haus sei nicht nur ein Symbol für materiellen Wohlstand, sondern bedeute auch, dass junge Zuwanderer bereit seien ihre Zukunft in NRW zu planen. Innerhalb von vier Jahren (1998 bis 2002) sei die Eigentümerquote bei der ausländischen Bevölkerung von 10,6 auf 14,7 Prozent gestiegen.

WIRTSCHAFTSFAKTOR

Trotz der rückständigen Ausbildungs- und Berufssituation sind die Zuwanderer ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor für NRW. Daher müsse in die „Ausbildung und Qualifizierung“ von Migranten für den deutschen Arbeitsmarkt investiert werden, damit „wir alle davon profitieren“, beendete Kinstner seinen Bericht.

In der Diskussion kritisierten Thomas Kufen (CDU) und Dr. Ute Dreckmann (FDP), seit Anfang der Legislaturperiode sei zu wenig erreicht worden und besonders für junge Migranten gebe es wenig positive Veränderungen. Seit Jahren versuche man die Situation für Zuwanderer zu verbessern, ohne dass Erfolge erkennbar wären. Britta Altenkamp (SPD) und Sybille Haußmann (GRÜNE) erwiderten, es seien sehr wohl positive Entwicklungen zu erkennen. Dies zeige der Bericht. Man sollte auf den Stärken des Berichts aufbauen und nicht auf den Schwachstellen, mahnte Altenkamp (SPD). **CL**



Vertreter des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks in Dortmund (IBB) haben im Landtag unter Leitung des SPD-Abgeordneten Jürgen Jentsch (M.) über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Belarus (Weißrussland) und zu den Projekten berichtet, die das Land NRW unterstützt. Kuratoriumsmitglied Staatsminister a.D: Herbert Schnoor (L) appellierte an die Abgeordneten, trotz der schwierigen politischen Situation in Weißrussland den Dialog zum Wohl der dortigen Bevölkerung zu intensivieren. Rechts im Bild der Geschäftsführer des IBB, Peter Junge-Wentrup. Foto: Schälte

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 11. April 2005 vorgesehen. Vorab ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) wies Presseberichte als haltlos zurück, nach denen es durch Fehler im Mautsystem massenweise zu „Mautprellerei“ und somit zu Wettbewerbsverzerrungen im Transportgewerbe komme. Wie er dem **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) berichtete, sei die Kontrolldichte durch die Kombination von verschiedenen Kontrollmechanismen „sehr hoch“. Seit Anfang März führe das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) zudem Betriebsprüfungen durch. Dabei soll anhand der Geschäftsunterlagen sichergestellt werden, dass die Speditionsunternehmen die Maut ordnungsgemäß entrichtet haben. Für eine zusätzliche Ausweitung der Kontrollelemente sehe er keine Veranlassung, so der Minister.

+++

Die Vermeidung von Spätabtreibungen durch Beratung vor, während und nach der Pränataldiagnostik war Thema im **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Inge Howe, SPD). Der hierzu eingebrachte Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/1740) wurde von den übrigen Fraktion abgelehnt. Zur Begründung sagte Gerda Kieninger (SPD), dass der Landesteil des Antrags durch die gesetzgeberischen Handlungen der Landesregierung bereits erfüllt sei und somit kein weiterer Handlungsbedarf bestünde. Brigitte Capune-Kitka (FDP) begründete die Ablehnung damit, dass durch den Antrag eine „Zwangsberatung“ auf den Weg gebracht werde, die „frauenverachtend“ sei. Für die Grünen erklärte Marianne Hürten, dass der Antrag der CDU das Angebot an Beratung nicht verbessere und weitere Ausarbeitungen zur Pränataldiagnostik nötig wären. Die CDU hingegen forderte die Landesregierung auf, den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Vermeidung von Spätabtreibungen“ auf Bundesebene zu unterstützen.

Neue Programmbelegung im TV-Kabel in NRW: James Bonsall, Vorsitzender der Geschäftsführung des Kabelnetzbetreibers „ish“ hat den **Medienausschuss** (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) über die Änderung der Programmreihenfolge informiert. Die Landesanstalt für Medien NRW (LfM) hat erstmalig nach den neuen Regelungen des Landesmediengesetzes die Reihenfolge und die konkrete Programmbelegung der Kabelnetze in NRW festgelegt. Von den etwa 34 Kabelplätzen regelt die LfM



zukünftig neben den acht öffentlich-rechtlichen Programmen, die einen gesetzlichen Vorrang haben, die Belegung von 17 Sendeplätzen. Damit kann „ish“ die restlichen Plätze selbst belegen. Der Kabelnetzbetreiber nutzt diese Gelegenheit, um ein landesweit einheitliches System einzuführen. Die einzige Änderung für Fernsehzuschauer ist die Reihenfolge der Programme.

+++

Das Krebsregister kommt – einstimmig haben alle Fraktionen in der jüngsten Sitzung des **Gesundheitsausschusses** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) dem Plenum empfohlen, das Gesetz zur Einführung eines flächendeckenden Krebsregisters zu verabschieden. Die Fraktionen hatten nur wenige Änderungen einzubringen, die überwiegend Ergebnis der letzten Anhörung zum Gesetzentwurf vom 12. Januar (Landtag

intern berichtete) waren. Jährlich erkranken in NRW 85.000 Menschen an Krebs. Das Register, in das sie aufgenommen werden, soll zur Verbesserung von Früherkennung, Diagnostik und Behandlung wesentlich beitragen.

+++

Mit den Ruhrfestspielen in Recklinghausen beschäftigte sich jetzt der **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU). Der Leiter der Ruhrfestspiele, der Luxemburger Theater-Intendant Dr. Frank Hoffmann, blickt dabei mit Optimismus auf die Spiele. Für das Eröffnungstück „Minna von Barnhelm“ sind bereits alle Tickets verkauft. Neben „großem Theater“ setzt Hoffmann auch auf prominente Schauspieler. Hannelore Hoyer, der Hamburger Fernsehkommissar Edgar Selge und Nina Hoss spielen Hauptrollen in den 15 Produktionen, die vom 3. Mai bis zum 12. Juni gezeigt werden.

+++

Beabsichtigter Verkauf der Essener Viterra AG und mögliche Folgen für Mieter und Beschäftigte – das war auf Antrag der Koalitionsfraktionen Thema einer Aktuellen Viertelstunde im **Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Mit 145.000 Wohnungen und etwa 1.000 Mitarbeitern ist die EON-Tochter das größte Wohnungsunternehmen in NRW. Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) betonte, dass der anstehende Konzernverkauf vorerst keine Änderungen für Mieter und Beschäftigte bedeute. Er wies aber darauf hin, dass langfristig Strukturveränderungen wie Mieterhöhungen, Wohnungsverkäufe oder Einsparungen beim Personal nicht auszuschließen seien. Die Landesregierung sei mit dem Essener Unternehmen im Gespräch und werde darauf achten, dass Absprachen früherer Verhandlungen eingehalten würden.

+++

Das Internetportal der Landesregierung zum Thema Migration wird voraussichtlich nach Ostern online gehen. Das teilte Ministerialdirigent Ulrich Kinstner im **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) im Rahmen einer Präsentation einer Vorabversion mit. Die Internetseite wendet sich an Menschen mit Migrationshintergrund sowie an alle, die sich mit dem Themenbereich beschäftigen. Besonders wichtig ist den Machern die Aktualität der Homepage. Zu dem Zweck wurde bereits ein Redaktionsrat gegründet, der die Seite künftig auf dem neusten Stand halten soll.

Immer weniger Unfälle unter Tage

Neuste Entwicklungen der Bergbauwirtschaft vorgestellt

Beschäftigtenzahlen, Fördermengen, Umweltschutz, Sicherheit und Gesundheit der Bergleute – die Entwicklungen in der Bergbau-Branche im Jahr 2003 standen im Mittelpunkt der Abschlussitzung des Ausschusses für Grubensicherheit am 4. März. Die Bergbauwirtschaft in NRW, die mit rund 47.000 Beschäftigten immer noch ein wichtiger und traditioneller Wirtschaftszweig ist, fördert zunehmend umweltfreundliche Energien. Auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Unternehmen rückt weiter in den Vordergrund der Arbeit der Bergbaubehörden und der Bergbau-Berufsgenossenschaft.

Zum Abschluss der Legislaturperiode standen die Entwicklungen im Bergbau-sektor im Mittelpunkt. Der Leiter der Abteilung „Bergbau und Energie“ der Bezirksregierung Arnsberg, Michael Kirchner, gab im ersten Teil seines Berichts einen Überblick über die Beschäftigtenzahlen und die Fördermengen in der Bergbauwirtschaft. In allen vier Bergbau-zweigen, dem Steinkohle- und Braunkohle-bergbau, der Steine- und Erdenindustrie und der Steinsalz- und Solegewinnung, seien die Beschäftigtenzahlen zurückgegangen. Im Steinkohlebergbau, dem größten Bergbauzweig in NRW, gingen die Beschäftigtenzahlen von rund 40.000 Beschäftigten im Jahr 2002 auf 37.500 Beschäftigte im Jahr 2003 zurück. Auch die verwertbaren Fördermengen sind leicht rückläufig. Im Jahr 2003 wurden in Nordrhein-Westfalen noch 78,2 Prozent der Steinkohle- und 54,4 Prozent der Braunkohleförderung der Bundesrepublik Deutschland erbracht.

UMWELTFREUNDLICH

Der zweite Teil des Berichts befasste sich mit der Nutzung umweltfreundlicher Energien. Auch das Problem des Grubengases sei gelöst, so Kirchner. Hilfreich war dabei das im August 2004 modifizierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), welches eine effektivere Nutzung

des Methan-Luft-Gemisches ermöglicht. Grubengas belastet bei unkontrolliertem Eintritt in die Atmosphäre 21-mal stärker die Umwelt als Kohlendioxid (CO₂). Mit der umweltfreundlichen Verwertung des Gases leiste das Land einen aktiven Beitrag zum Kyoto-Protokoll. Außerdem setze die Bergbaubehörde auf Erdwärme und Tiefengeothermie als Energiequellen. Pilotprojekte seien hier die Neubausiedlung Fürstenhof in Werne, in der 130 Häuser aus der Erde beheizt würden. Europas größte Erdwärmesondensiedlung spare so 125 Tonnen CO₂ jähr-

lich ein. Ein weiteres Großprojekt im Bereich Erdwärmennutzung sei das neue Schwimmbad in Arnsberg. Für die Energieversorgung sind tiefengeothermische Bohrungen von über 2,5 Kilometer Tiefe nötig.

Auch die Sicherheit der Bergleute war in der zurückliegenden Legislaturperiode ein großes Anliegen des Ausschusses. Um über die neusten Entwicklungen im Bereich Sicherheitsmanagement zu berichten, stellte Christian van den Berg den Jahresbericht 2003 der Bergbau-Berufsgenossenschaft vor. Erfreulich sei der Rückgang der Arbeitsunfälle je einer Million geleisteter Arbeitsstunden in der gesamten Bundesrepublik von 19,06 im Jahr 2002 auf 17,31 im Jahr 2003. Auch die Anzeigen wegen Berufskrankheiten, insbesondere die für den Bergbau typische chronische Bronchitis, seien rückläufig. Diese positiven Ergebnisse ließen sich auf die Bemühungen der Bergbau-Berufsgenossenschaft zurückführen. Seit 2003 verleiht die Berufsgenossenschaft das Gütesiegel „Sicher mit System“ an Unternehmen, die bestimmte Standards im Bereich Sicherheit und Arbeits- und Gesundheitsschutz erfüllen. Eine Neuheit des Jahres 2003 war der Azubi-Wettbewerb „Sicherheit gehört von Anfang an dazu“. An ihm nahmen mehr als 1.100 Auszubildende des ersten Lehrjahres teil. Auch für die Vermeidung von Berufskrankheiten setzte sich die Bergbau-Berufsgenossenschaft aktiv ein. Mit dem Programm „Haltung in Bewegung“ sollen Wirbelsäulenschäden vorgebeugt werden.

Dieses Projekt wird in Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum, der Humboldt-Universität Berlin und der RAG AG angeboten.

ABSCHIED

Mit der Vorstellung der Jahresabschlussberichte für das Jahr 2003 endete auch die Zeit des Ausschussvorsitzenden Peter Budschun (SPD). Der SPD-Politiker stellt sich nach fünfjährigem Vorsitz und zehnjähriger Mitgliedschaft im Mai nicht mehr zur Wiederwahl. In seinem Schlusswort bedankte er sich bei allen Bergbausachverständigen, die die Arbeit des Ausschusses mit ihrem Wissen in den letzten fünf Jahren begleitet haben. Sein Dank galt auch den Abgeordneten, die stets „zielorientiert und nicht parteipolitisch“ gearbeitet haben. **JM**

Fortschritte im nordrhein-westfälischen Bergbau – Michael Kirchner (l.) überreichte den Bericht der Bergbaubehörde dem Vorsitzenden des Ausschusses für Grubensicherheit, Peter Budschun (SPD).

Foto: Schälte



SPD

Beschäftigung und Gründungen – die Lage ist besser als die Stimmung

Nordrhein-Westfalen ist das Spitzengründungsland. Zwischen 1995 und 2003 stieg die Zahl der Selbstständigen um 13,8 Prozent, mehr als im Bundesdurchschnitt und deutlich mehr als in Baden-Württemberg (7,5 Prozent) und Bayern (6,9 Prozent). 2004 lag das Wachstum in NRW im Vergleich zum Vorjahr bei 2,6 Prozent. Bayern: Minus 0,9 Prozent. Zwischen 1998 und 2004 stieg bei uns die Zahl der Erwerbstätigen um 302.000.

Das ist ein Zuwachs von 3,8 Prozent (Bundesdurchschnitt: 2,2 Prozent). Der Dienstleistungssektor erweist sich als Beschäftigungsmotor. Seit 1998 entstanden allein hier 305.000 neue Beschäftigungsverhältnisse. Im verarbeitenden Gewerbe, dazu gehört auch der Bergbau, hatten wir dagegen einen Verlust von 183.000 Arbeitsplätzen.

Werner Bischoff, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Nach den ehrlichen, jüngsten Zahlen zum Arbeitsmarkt müssen wir ebenso ehrlich mit den positiven Trends in unserem Land umgehen. Es ist wahr: Das Wachstum bei den Selbstständigenzahlen und den Erwerbstätigen reicht noch nicht aus, um die Arbeitslosigkeit so zu senken, wie wir uns das wünschen. Es wird aber deutlich, dass wir dynamische Branchen und Unternehmen haben, die zum Wachstum des Landes beitragen und neue Arbeitsplätze schaffen. Mit den neuen Instrumenten des Landes zur Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen werden wir im Laufe des Jahres jedoch eine neue Dynamik entwickeln, die am Ende auch am Arbeitsmarkt zu einer spürbaren Trendwende führen wird.“

FDP

Start der Innovationsreise

Dr. Ingo Wolf, Chef der FDP-Landtagsfraktion, hat sich zum Ziel gesetzt, NRW bei der Forschung wieder an die Spitze Deutschlands und der EU zu führen. Bei der Landtagswahl im Mai 2005 setzt er auf den „Neustart in der nordrhein-westfälischen Innovationspolitik“. Der FDP-Spitzenkandidat ist daher Anfang März zu einer Innovationsreise durch Nordrhein-Westfalen aufgebrochen, um sich bei technologie- und forschungsorientierten Unternehmen sowie Instituten in NRW zu informieren. Dabei macht er sich vor Ort ein Bild über deren Rahmenbedingungen und Zukunftsperspektiven. Bis Ende März wird Wolf 20 innovative Standorte in NRW besuchen, darunter das Max-Planck-Institut für Bioanorganische Chemie in Mülheim an der Ruhr und den Chemiepark Marl. Ziel der FDP ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass „durch konsequente Deregulierung, eine gezielte Forschungsförderung, Wissenstransfer und ein technologiefreundliches Klima in der Gesellschaft bis zum Jahr 2010 mindestens 10.000 innovative Unternehmen in NRW neu gegründet werden“. Ein Vorhaben, dessen Verwirklichung direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird. „Die FDP-Landtagsfraktion will das neue NRW schaffen: ein Land, das auf Zukunft statt Vergangenheit setzt“, betont Wolf.



Ziel der FDP ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass „durch konsequente Deregulierung, eine gezielte Forschungsförderung, Wissenstransfer und ein technologiefreundliches Klima in der Gesellschaft bis zum Jahr 2010 mindestens 10.000 innovative Unternehmen in NRW neu gegründet werden“. Ein Vorhaben, dessen Verwirklichung direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird. „Die FDP-Landtagsfraktion will das neue NRW schaffen: ein Land, das auf Zukunft statt Vergangenheit setzt“, betont Wolf.

CDU

Angela Merkel beim Studientag der CDU-Fraktion

CDU-Chefin Angela Merkel hat den Mitgliedern der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion die volle Unterstützung der Bundespartei für den Wahlkampf zugesagt. Bei einem Besuch der CDU-Fraktion, die am 28. Februar und 1. März in Velen im Kreis Borken zu zwei Studientagen zusammengekommen war, kündigte Merkel unter starkem Beifall auch ein starkes persönliches Engagement und zahlreiche Auftritte an. Das Ziel eines Sieges der CDU bei der Landtagswahl am



22. Mai sei kein Selbstzweck, sondern notwendig, damit es im größten Bundesland wieder aufwärts gehe. NRW brauche eine bessere Regierung, und dafür stehe CDU-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers. Nach der zweistündigen Diskussion mit den Abgeordneten traten Merkel und Rüttgers vor die Presse, um die aktuellen Arbeitsmarktzahlen zu kommentieren. Mit Blick auf mehr als eine Million Menschen in NRW, den höchsten Stand in der Landesgeschichte, sprach CDU-Fraktionschef Jürgen Rüttgers von einem schwarzen Tag für NRW.

GRÜNE

GRÜNE: Der Jugend eine Chance!

In der viel zu großen Gruppe der Arbeitslosen ist eine Teilgruppe besonders zu beachten, die Jugendlichen und jungen Menschen unter 25 Jahren. Um eine langfristige Arbeitslosen – Biographie gar nicht erst beginnen zu lassen, gebührt den Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit. In der Statistik werden nun auch diejenigen erfasst, die bislang Sozialhilfe bezogen haben, wodurch sich ein noch dramatischeres, weil realistischeres Bild ergibt.

Auch wenn die Zuständigkeit nun originär in den Händen der örtlichen Arbeitsgemeinschaften oder Optionskommunen liegt, muss das Land aus politischer Verantwortung weiterhin koordinierend und flankierend aktiv sein.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Regionaldirektion der Arbeitsagentur das erfolgreiche Programm Jugend in Arbeit plus in Zusammenarbeit mit dem Land fortführen soll oder sehr kurzfristig etwas Adäquates schafft. Diese Auffassung wurde in der vergangenen Fraktionssitzung einmal mehr deutlich, als die Vorsitzende der Regionaldirektion NRW Christiane Schönefeld die Fraktion besuchte.

Menschen unter 25 Jahren, die länger als sechs Monate arbeitslos sind, erhalten in diesem Programm für die Dauer von zwölf Monaten eine Arbeitsstelle, auf Grundlage eines beruflichen Entwicklungsplanes finden dann Qualifizierung und Beratung arbeitsbegleitend statt. Auf diese Weise sammeln sie Berufserfahrung und qualifizieren sich gleichzeitig. Ihre Chancen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, erhöhen sich damit deutlich, denn die Erfahrung zeigt: Je schneller junge Menschen im Arbeitsmarkt Praxis sammeln, umso leichter wird der Berufseinstieg.



Porträt der Woche: Manfred Hemmer (SPD)

Manfred Hemmer gehört zu den vertrauenswürdigen Menschen, denen man getrost einen Gebrauchtwagen abkaufen könnte. So jemand wie Hemmer, der im Mai dieses Jahres mit 68 nach einem Vierteljahrhundert aus dem Landtag ausscheiden wird, hat Freunde über Parteigrenzen hinweg. Und er formuliert die dazu passende Maxime: „Wenn der politisch Andersdenkende nicht auch dein persönlicher Freund sein könnte, dann stimmt was nicht in der Politik.“

Wenn der Sozialdemokrat vom alten Schlag im Frühjahr das Bundesverdienstkreuz erhält, ist das in Hamm, seinem Geburtsort und Lebensmittelpunkt, keine SPD-interne Angelegenheit. Für den CDU-Oberbürgermeister war klar, dass der feierliche Akt in großem Rahmen und im ersten Haus am Platz stattfinden soll. Hamm und Hemmer – das ist eine Paarung fürs Leben. Hemmer wurde 1964 in den Rat seiner Stadt gewählt, er wirkte dort 26 Jahre lang. Großes Reden ist nicht seine Leidenschaft, dickes Selbstlob nach 40 Jahren politischen Wirkens ebenso wenig. Immerhin sagt Hemmer, er habe sich stets für die Belange seiner Stadt eingesetzt, als Ratsmann, SPD-Stadtschef, Schützenbruder, Karnevals-Ehrensensator und Mitglied weiterer Vereine und schließlich im Landtag, wo er seit 1995 den Vorsitz im Verkehrsausschuss innehat.

Die Bundesverdienstkreuz-Verleihurkunde ist noch von Bundespräsident Johannes Rau unterzeichnet. Das macht die stolze Sache für Hemmer noch schöner. Denn Johannes Rau und Manfred Hemmer – das ist mehr als politi-

sche Freundschaft, da ist in Jahrzehnten ein reißfestes menschliches Band entstanden. Hemmers politisches Idol war Willy Brandt. 1972 saß er, der SPD-Lokalmatador, neben dem Wahlkämpfer Brandt im Wagen. „Sternstunden meines politischen Lebens“ nennt Hemmer das 72er Ereignis. Es blieb nicht bei nur einer Sternstunde: Der Sozialdemokrat, der 1960 in die Partei eingetreten war, dessen Eltern SPD-Mitglieder waren, erinnert sich: „Helmut Schmidt, Klaus Schütz, Fritz Erler, Herbert Wehner und Carlo Schmid ... alle großen Leute der damaligen SPD habe ich in Hamm persönlich kennen gelernt.“

FREUNDSCHAFTEN

Manfred Hemmer, den seine Freunde „Manni“ nennen, scheidet ohne Verdruss, aber mit ein bisschen Wehmut aus dem Parlament. Er wird die dort gewachsenen Freundschaften vermissen. Auch zu „politisch Andersdenkenden“, er verzichtet mit Bedacht auf das Wort „Gegner“. Über Heinz Hardt von der CDU beispielsweise, einen anderen alten parlamentarischen Fahrensman, redet Hemmer Gutes: „Wenn Hardt was sagt, steht er zu seinem Wort, er lässt dich nicht ins Messer laufen, ich schätze ihn sehr.“ Aus Hemmers Mund klingt das nicht berechnend, nicht altersmilde, vielmehr echt und unverdorben.

Wenn einer mit insgesamt 41 Jahren Politik-Erfahrung tschüs sagt, darf eine Bilanz nicht fehlen: Die Politik sei hektischer, komplizierter

geworden. In den Achtzigern habe man mehr bewegen können, auch weil mehr Geld zur Verfügung gestanden habe. Natürlich bekümmert ihn das gesunkene Ansehen von Politikern. Warum das so gekommen sei? „Wir diskutieren zu viel, das Rumgehampel und Rumgeeiere muss aufhören.“

Verkehrspolitisch, nicht aber sozialpolitisch, wäre Hemmer die FDP als Regierungspartnerin lieber als die Grünen es sind. Der Hammer Altmeister stöhnt laut auf, wenn er an Fledermäuse oder anderes Getier, wenn er überhaupt an Zeitverzögerungen denkt, die wieder einmal ein wirtschaftlich notwendiges Projekt verzögern.

Hemmer, der eine erwachsene Tochter hat, will nach der letzten Verkehrsausschuss-Sitzung am 7. April (ihm zu Ehren in Hamm) und nach dem Mandats-Ende im Mai häuslicher werden. Der Pensionärs-Plan sieht in etwa so aus:

Erst mal entspannen, mit der Ehefrau nach Norderney fahren, anschließend darüber nachdenken, wie man sich nützlich machen könnte. Ein Stubenhocker wird der gelernte Tischler und Technische Zeichner sowie Personalrat-schef beim Land-schaftsverband Westfalen-Lippe nicht werden.

Autor:
Reinhold Michels



Prominenter Gast

im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss: Harald Schartau (SPD), Minister für Wirtschaft und Arbeit, wurde in der jüngsten Sitzung des Untersuchungsausschusses am 11. März als Zeuge vernommen. Gegenstand der Befragung war die 1960 gegründete Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH (GfW). Das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium von Harald Schartau, ist der alleinige Eigentümer der GfW. In seiner Aussage betonte der Minister, seit seinem Amtsantritt im Jahr 2002 sei die von seinem Haus zu prüfende Vergabeverordnung für Aufträge stets eingehalten worden.

Foto: Schälte

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 19. März bis 20. April 2005

19.3. Karl Kress (CDU)	60
21.3. Hagen Jobi (CDU)	58
22.3. Oda-Gerlind Gawlik (SPD)	57
22.3. Ute Schäfer (SPD)	51
23.3. Marianne Thomann-Stahl (FDP)	51
25.3. Ralf Jäger (SPD)	44
25.3. Ralf Witzel (FDP)	33
26.3. Irmgard Schmid (SPD)	60
26.3. Dr. Ingo Wolf (FDP)	50
29.3. Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU)	70
30.3. Marie-Luise Fasse (CDU)	57
30.3. Helmut Diegel (CDU)	49
31.3. Dr. Manfred Dammeyer (SPD)	66
31.3. Ulrich Schmidt (SPD)	63
31.3. Wolfgang Hüsken (CDU)	57
1.4. Christian Weisbrich (CDU)	63
2.4. Annelie Kever-Henseler (SPD)	58
2.4. Jarka Pazdziora-Merk (SPD)	56
4.4. Gabriele Sikora (SPD)	55
4.4. Cornelia Tausch (SPD)	39
5.4. Dr. Stefan Romberg (FDP)	36
7.4. Barbara Wischermann (CDU)	61
8.4. Manfred Kuhmichel (CDU)	62
10.4. Dr. Gerd Bollermann (SPD)	56
11.4. Andrea Milz (CDU)	42
16.4. Elke Talhorst (SPD)	60
17.4. Gisela Ley (SPD)	65
18.4. Dr. Daniel Sodenkamp (FDP)	38
20.4. Lothar Hegemann (CDU)	58

Ilse Brusis (SPD) ist in den ZDF-Verwaltungsrat gewählt worden. Die ehemalige Landtagsabgeordnete aus Dortmund war schon viele Jahre Mitglied in ZDF-Gremien und gilt als engagierte Sachwalterin des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Kennerin der Medienlandschaft.

Franz-Josef Britz (CDU), Landtagsabgeordneter aus Essen, ist auf dem CDU-Landesparteitag in Bochum zum Beisitzer im CDU-Vorstand gewählt worden. Britz, der der Union seit 1971 angehört, erhielt 326 Stimmen der Delegierten. Ebenfalls Beisitzer wurde der Aachener Landtagsabgeordnete **Rudolf Henke**. Der Parteitag bestätigte **Dr. Jürgen Rüttgers** mit 95,6 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzenden. Zu einem der fünf stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde der Landtagsabgeordnete **Eckhard Uhlenberg** aus Werl gewählt. **Lothar Hegemann**, CDU-Landtagsabgeordneter aus Recklinghausen, wurde in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 17. März 2005 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Ein gewichtiges Wort ...

... für die Fußballweltmeisterschaft 2006 hat **Reiner Calmund** (Bild) im Landtag gesprochen. Bei der Ausstellung „NRW am Ball“ warb er als Botschafter nachdrücklich für Nordrhein-Westfalen und seine Qualitäten als Gastgeberland. Calmund: „Es spürt jeder, dass die WM vor der Tür steht. Es ist das größte gesellschaftliche Ereignis der letzten Jahrzehnte.“ Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** nahm die Vorlage auf und sagte über Calmund: „Er hat das Herz auf dem richtigen Fleck.“ Bei der Ausstellung, die Anfang des Monats zu Ende ging, wurde gezeigt, wie sich die drei NRW-Stadien in Dortmund, Gelsenkirchen und Köln zur WM präsentieren werden. „Wir sind die Besten“, lobte der Präsident. Die Werbetrommel sei weiter zu rühren – wer könne das besser als Super-Botschafter Calmund? Foto: Schälte